

02 | 2020

- Es ist still geworden am Flughafen 03
 - Stadtbäume, Klimaretter! 04
 - Energie aus Abwasser – der Neckarpark macht's vor 05
- Wohnen: Eigentum verpflichtet! 08
- Ohne Barrieren, altersgerecht 09
- IBA'27 – wie geht es weiter? 10
 - Mobile Jugendarbeit 11
- Den Hbf fit für die Zukunft machen 13
 - Kitagebühren sozial staffeln, Familien entlasten! 14
- Das neue Stadtrecht für Stuttgart 17
 - Apropos Corona 18
 - Aus den Bezirken: Das neue Berg – Sängerkirche – Sanierungsgebiet Stöckach – ... 24
- Vom hohen Gut zum – Aluhut! 32

STADTAUTOBAHN ADE

Auf dem Weg zur menschengerechten Stadt

■ **STÄDTEBAULICHER WETTBEWERB „NEUER STADTRAUM B 14“** | Unterm Blätterdach am Marienplatz Siesta halten. Durch die Mini-Parks am Österreichischen Platz schlendern. Am Wilhelmsplatz ganz ohne Verkehrslärm einen Kaffee genießen, vom Gustav-Siegle-Haus aus durch die Baumallee der Kultur-Promenade flanieren und am Terrassenpark beim Gebhard-Müller-Platz auf das neue Rosensteinviertel blicken. Dieser wunderbare Stadtpaziergang kann Wirklichkeit werden, denn die B 14 soll sich wandeln – und zwar von der Stadtautobahn zum lebenswerten Stadtraum. Seit der auch von uns Grünen im Gemeinderat hart erstrittenen Entscheidung ist klar: Die B 14 soll mindestens die Hälfte ihrer Verkehrsfläche für den Individualverkehr ein-

„Paulines Park“ im Rondell unter der Paulinenbrücke.

bußen. Dieser historischen Aufgabe nahmen sich die Teilnehmenden des städtebaulichen Wettbewerbs „Neuer Stadtraum B 14“ an und stellten ihre Visionen einer lebenswerten Stadt vor.

■ **AUTOGERECHT WAR GESTERN** | Dass die trennende Wirkung der B 14 aufgehoben und der Stadtraum zwischen Österreichischem Platz und Gebhard-Müller-Platz aufgewertet werden soll, ist ein lang gehegter Wunsch vieler Stuttgarter*innen. Daran arbeiten wir Grünen seit 2003. Damals forderte die grüne Ratsfraktion einen ebenerdigen Überweg zu den gegenüberliegenden Kultureinrichtungen und zur Eugenstraße, um die Quartiere miteinander zu verbinden. 2017 haben wir den alten Antrag „Wir wollen da rüber“ bekräftigt und eine Mehrheit bekommen. Endlich wollte die Mehrzahl der Rät*innen die Fußgänger*innen nicht mehr wie selbstverständlich in Unterführungen jagen, damit oben der Verkehr ungestört rollt.

Für uns markierte dieser neue Überweg einen Schritt hin zu einer größeren Entwicklung, die mit dem städtebaulichen Wettbewerb „Neuer Stadtraum B 14“ nun in greifbare Nähe rückt.

■ **STADTREPARATUR, OHNE DIE GESCHICHTE DER LETZTEN 70 JAHRE ZU VERLEUGNEN** | Einstimmig wurde dem Entwurf von ASP Architekten aus Stuttgart der erste Preis zugesprochen. Im Mittelpunkt ihrer Vision steht die Veränderung der B 14 von der Stadtautobahn zur Stadtstraße. Durch die Verkehrsreduzierung – insgesamt 56 Prozent weniger Fläche



EDITORIAL

Liebe Leser*innen,

■ die vergangenen Monate standen auch im Rathaus ganz im Zeichen der **CORONA-KRISE**. Plötzlich konnten Ausschüsse nicht mehr tagen, Beschlüsse mussten im Umlaufverfahren getroffen, Sitzungen in den virtuellen Raum verlagert werden. Das Gesundheitssystem wurde auf eine harte Probe gestellt. Und auch die gesamte Stadtgesellschaft. Schulen und Kitas mussten schließen, kulturelle Veranstaltungen konnten nicht mehr stattfinden, soziale Angebote mussten neu gedacht werden, Handel und Gewerbe standen und stehen vor großen Herausforderungen. Und Masken gehören zum täglichen Anblick, in Bus und Bahn wie beim täglichen Einkauf. Um uns, vor allem aber, um andere zu schützen.

Noch vor der Sommerpause haben wir einen umfangreichen Nachtragshaushalt beschlossen, um die Auswirkungen der Corona-Pandemie zu mildern und **HILFEN AUF DEN WEG ZU BRINGEN** – Hilfen von der Kultur bis zum Sport, dem Verzicht auf Elternbeiträge in Kitas, Maßnahmen aufgrund der Schließung von Schulen oder zur Stärkung des Gesundheitsamts.

Unterdessen verschärft sich zusehends die **KLIMAKRISE**. Die nächsten Jahre entscheiden über die Zukunft unseres Planeten. Und auch, wie wir in unserer Stadt gemeinsam leben können und wollen. Der Klimaschutz, die urbane Energiewende, eine lebenswerte Innenstadt, die Förderung einer nachhaltigen Mobilität genauso wie die Quartiersentwicklung, bezahlbarer Wohnraum und Bodenpolitik standen daher auch in Corona-Zeiten ganz oben auf unserer Agenda.

In dieser STADTBLATT-Ausgabe lesen Sie, wo wir unsere Schwerpunkte gesetzt haben und welche richtungsweisenden Beschlüsse in den vergangenen Monaten gefasst worden sind.

Eine weitere richtungsweisende Entscheidung für Stuttgart steht im Herbst an: Am 8. November wählen wir mit Veronika Kienzle die erste Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt!

P. Rühle
Petra Rühle

für den motorisierten Individualverkehr – gelingt die Verknüpfung der Stadtquartiere, und zugleich bekommen Radler*innen und Fußgänger*innen mehr Raum. Zwischen Charlottenplatz und Neckartor soll es insgesamt vier Fahrspuren geben, zwischen Heschlacher Tunnel und Österreichischem Platz nur zwei. Die sogenannte Kulturmeile, bisher auf den Abschnitt Konrad-Adenauer-Straße begrenzt, soll bis zum Gustav-Siegle-Haus erweitert werden.

Der Entwurf zeigt neue Stadträume, die im besten Sinne eine Stadtreparatur darstellen, ohne die Geschichte der letzten 70 Jahre zu verleugnen. Denn er schlägt eine Lösung vor, die auf der ganzen Länge ohne Tunnelbauwerke auskommt. Die alten Unterführungen sollen für Parken und Logistik genutzt werden. So erhalten die heutigen Unorte eine neue Qualität.

QUERVERBINDUNGEN SCHAFFEN – GRÜN, GROSSZÜGIG UND MIT RAMBLA!

Zwischen Marienplatz und Österreichischem Platz wird die knappe Fläche neu dimensioniert und die Engstelle durch kleine „Pocketparks“ erweitert. Durch die Verschmälerung der Hauptstätter Straße werden Österreichischer Platz, Wilhelmsplatz und Leonhardsplatz in ihren räumlichen Qualitäten erlebbar. Ein Riesenschritt, um an der Hauptstätter Straße einen attraktiven Ort zum Leben und Wohnen zu schaffen.

Die Verlängerung der Gerberstraße bis zum Leonhardsplatz ist eine neue Verknüpfung der Quartiere, und auch das IBA-Quartier

wird gut eingebunden und schließt den Platz um die Leonhardskirche räumlich ab. Die Achse vom Stadtpalais bis zum Kunstmuseum wird gut herausgearbeitet. Nach Vorbild der spanischen Ramblas wird die Kultur-Promenade gestaltet, mit großzügigen Doppelbaumreihen und Querungen. „Rambla“ bezeichnet im Spanischen auch ein ausgetrocknetes Flussbett – in Stuttgart ein Bild für den rückläufigen, versiegenden Strom der Autos.

Die Rückseite der Oper wird durch eine Unterbrechung der Baumreihe und eine platzartige Gestaltung in Szene gesetzt. Die Vernetzung Gebhard-Müller-Platz–Urbanstraße wird zu einem Terrassenpark gestaltet, der eine Verbindung zum oberhalb liegenden Hangpark mit der neuen John-Cranko-Schule und der Urbanstraße herstellt. Das Motiv der Rambla wird in der Willy-Brandt-Straße weitergeführt, und am Stöckach entsteht ein neues Stadtquartier, das mit großzügigen Querverbindungen an den Schlossgarten andockt. Und: Die Neckarstraße soll autofrei werden!

Wir freuen uns, dass auf der vier Kilometer langen Straße, die sich heute teilweise noch als unüberwindbare Straßenschlucht zeigt, zeitnah ein modernes, zukunftsfähiges, lebenswertes Stuttgart entsteht.

Andreas Winter



Das Neckartor ist kaum wiederzuerkennen. Rechts die Kultur-Rambla: Skulpturen-Boulevard und Stadtbühne, Open-Air-Bibliothek.



Es ist still geworden am Flughafen

Was als undenkbar galt, hat Corona geschafft: Die Pandemie führte binnen kürzester Zeit zur Schließung auch des Stuttgarter Flughafens. Kleine Ruhepause fürs Umfeld, kurze Erholung fürs Klima. Das gilt es jetzt zu nutzen, um die Klimaziele auch längerfristig zu erfüllen.

■ Wer hätte das gedacht – noch vor wenigen Monaten haben wir Grünen ausgiebige Debatten geführt um die Wichtigkeit und um die Schädlichkeit des Stuttgarter Flughafens. Wir alle wissen, dass der Flughafen bzw. das Fliegen mit seinen hohen CO₂- und Wasserdampf-Emissionen besonders klimaschädlich ist.

Bis heute erscheint der „Stuttgart Airport“ nahezu unbesetzt, und die Läden und Gastronomiebetriebe innerhalb der Terminals klagen über einen Totalausfall. Nun ist es wichtig, dass wir diese Krise nutzen, um einen zukunftsfähigen Weg für den Stuttgarter Flughafen zu finden.

EMISSIONSZERTIFIKATE, KEROSIN- STEUER, KLIMANEUTRALE ANTRIEBE

Selbstverständlich sehen wir uns an die Pariser Klimaziele gebunden, die jetzt im Fluggeschäft deutlich näher erscheinen, als noch vor der COVID-19-Pandemie. Da Flugverkehr überregional und international ist, sind EU-Regeln und globale Abkommen von größter Bedeutung. Wir Grünen sind für einen wirksamen Handel mit Emissionszertifikaten, bei dem die Menge der Zerti-

fikate kontinuierlich gesenkt wird. Wir halten Abgaben, die den CO₂-Ausstoß einpreisen, für unerlässlich. Das Privileg, dass Kerosin steuerbefreit ist, muss beendet werden! Einstweilen könnte die Besteuerung der Tickets (Tickettax) ersatzweise wirken. Die Flugverkehrsbranche muss sich deutlich mehr als bisher um klimaneutrale Antriebe und Kraftstoffe bemühen. Hier sind neben der Wirtschaft auch Wissenschaft und Politik gefordert, national wie international.

Für uns Grüne gilt, dass die unnötigen Flüge zu vermeiden und die nötigen mit CO₂-Zertifikaten zu kompensieren sind. Insgesamt muss sich der Flugverkehr an den Zielen der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes orientieren. Die klimaschädlichen Kurzstreckenflüge müssen durch Bahnalternativen ersetzt werden. So sollten beispielsweise Frankfurt/Main und München, aber auch Zürich und Düsseldorf nur noch mit der Bahn angefahren werden. Langstreckenflüge müssen bis spätestens 2050 klimaneutral durchgeführt werden.

Es ist abzusehen, dass die Kapazitäten der Terminals aufgrund der coronabedingten

Einbrüche beim Flugverkehr und einem geänderten Mobilitätsverhalten für längere Zeit ausreichend sein werden. Modernisierungsmaßnahmen bei den Terminals und im Flughafenvorfeld sollten keine Kapazitätssteigerungen hervorrufen. Der Bau zusätzlicher Parkhäuser ist zu überdenken, und das Parkraummanagement kann nur zusammen mit einem ganzheitlichen Mobilitätskonzept einhergehen.

KLIMANEUTRALER FLUGHAFEN!

Der Stuttgarter Flughafen muss klimaneutral werden und dafür seine eigenen Gestaltungsmöglichkeiten am Boden nutzen; etwa durch Umstellung auf Strom aus erneuerbaren Energien, Solardächer, Elektrofahrzeuge etc. Hier ist bereits einiges auf den Weg gebracht und noch mehr in Planung.

Eine Selbstverständlichkeit für uns ist, dass die Nachtflugbeschränkungen beibehalten werden und dass es keinen weiteren Flächenverbrauch am Flughafen gibt – und auch keine weitere Startbahn.

Gabriele Nuber-
Schöllhammer



hek und Speakers Corner verweisen auf die kulturellen Einrichtungen ums Eck. Visualisierungen: ASP Architekten



Stadtbäume, Klimaretter!

■ Damit sie ihre Klimafunktion erfüllen können, brauchen Stadtbäume vor allem eines: Wasser. Im letzten STADTBLATT stellten wir unseren Antrag „Mit intelligenter Gießinfrastruktur dem Klimawandel begegnen“ zum Doppelhaushalt 2020/21 vor, betonten die Notwendigkeit zügigen Handelns und forderten den zuständigen Bürgermeister auf, ein besonderes Augenmerk auf die unter dem überhitzten Stadtklima leidenden Bäume zu haben. Die von uns beantragten Tankwagen wurden noch vor dem Sommer angeschafft. Das ist gut so. Nur scheint das bei Weitem nicht auszureichen. Wie oft werden die Tankwagen eingesetzt? Auch in den Außenstadtbezirken? Das alles ist fraglich. Die Spuren des heißen Sommers sind sichtbar an Bäumen etwa im Bezirk Weilimdorf: viele dürre Bäume. Das ist erschreckend und traurig, und es zeigt, dass die Maßnahmen der Stadtverwaltung hier immer noch weit unter dem Bedarf liegen.

GIESSEN JA, ABER NICHT NACH DEM GIESSKANNENPRINZIP! | Die Bäume leiden extrem unter der Hitze. Wie im Foto zu sehen ist, geht es den Bäumen entlang der Staigerstraße sehr unterschiedlich. Die im Schatten der Häuser stehenden Bäume scheinen den Hitzesommer bei gleicher „Pflege“ besser zu ertragen als jene auf der sonnenbeschienenen Straßenseite. Deshalb ist es wichtig, nicht nach dem „Gießkannen-

prinzip“ zu gießen, sondern gezielt die besonders belasteten Bäume – und somit die von uns geforderte intelligente Gießinfrastruktur aufzubauen. Es gilt, Tankwagen und ihre Fahrer*innen möglichst effektiv einzusetzen. Fast wie bei der Feuerwehr: Dort löschen, wo’s brennt.

In den Haushaltsberatungen haben wir für den Ausschuss für Klima und Umwelt einen Bericht über den Zustand der Stuttgarter Bäume an Straßen und in Parks angefordert. Auch fragten wir nach Infos zu verschiedenen Gießmethoden/-systemen und wie sie optimiert werden können. Leider liegt uns bis heute keine Antwort vor. Derweil sterben immer mehr Bäume ab. Untragbar.

BAUMPAT*IN GESUCHT | Die Stadt hat Anwohner*innen aufgerufen, Baumpatenschaften zu übernehmen. Das begrüßen wir sehr – auch ich konnte schon private Gießaktionen mit Dankbarkeit beobachten. Veronika Kienzle, Bezirksvorsteherin in Stuttgart-Mitte, hat Gießkannen an Gießwillige verteilt. Wir selbst gießen die Kornelkirsche vom Spielplatz nebenan. Hier aktiv zu werden oder Nachbar*innen zum Gießen zu ermuntern – vielleicht mögen Sie das aufgreifen, liebe Leser*innen. Die Bäume danken es mit frischem Grün.

Gabriele Munk



Der erste Schritt ist gemacht, jetzt ist es höchste Zeit: eine intelligente Gießinfrastruktur aufzubauen, um der Klimakrise zu begegnen. Viele Stuttgarter*innen helfen tatkräftig mit.

Bezirksvorsteherin Veronika Kienzle verteilt Gießkannen. Das Bild rechts zeigt, dass vor allem die Bäume auf der Sonnenseite leiden. Fotos: Redaktion



Energie aus Abwasser – der Neckarpark macht's vor

In Zeiten der Klimakrise kommt es auf jedes Kilowatt regenerativ gewonnener Energie an. Wir müssen endlich jene Schätze heben, die nur eine Etage tiefer verborgen sind.

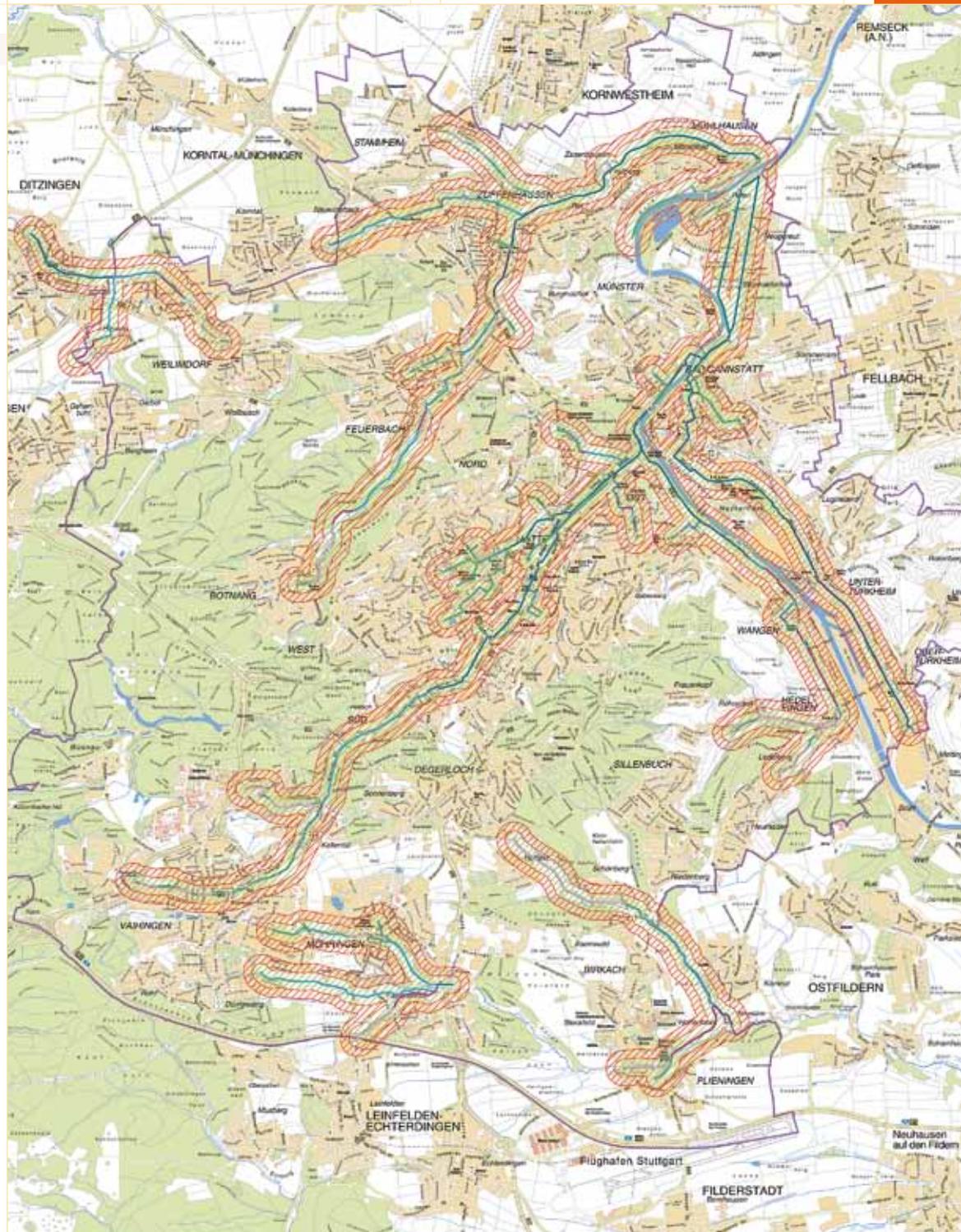
■ Die Rückgewinnung von Wärme aus Abwasserkanälen ist ein ganz besonderes Projekt – eine super Idee, die zur Wärmeversorgung eines Teils des Neckarparks in Bad Cannstatt, aber auch andernorts in Stuttgart bereits verwirklicht worden ist. Das Amt für Umweltschutz, das auch für Energiewirtschaft zuständig ist, hat aufgezeigt, wo in den Stadtteilen Potenziale unter der Erde schlummern.

IN STUTTGART SIND IMMERHIN SIEBEN PROZENT ALLER KANÄLE GEEIGNET. MEHR ALS 110 KILOMETER!

Es gibt ein paar Parameter, die erfüllt sein müssen, damit die Wärmerückgewinnung gelingen kann: Die Fließgeschwindigkeit im Kanal muss für einen funktionierenden Wärmetausch möglichst gering sein, aber dennoch hoch genug, damit Ablagerungen verhindert bzw. weggespült werden. Außerdem sollten auch bei trockenem Wetter mehr als 15 Liter pro Sekunde durchfließen, und der Kanaldurchmesser muss mindestens 80 Zentimeter betragen.

Das Amt für Umweltschutz hat errechnet, dass bei etwa sieben Prozent des Stuttgarter Kanalnetzes Wärmenutzung denkbar ist. Bezogen auf die Länge des gesamten Netzes (fast 1.700 Kilometer) kommen also mehr als 110 Kilometer für eine Abwasserwärmenutzung in Frage.

Die Grundlagen hat die Stadtverwaltung also längst erarbeitet, und die Potenzialkarte für Stuttgart liegt stadtweit seit 2014 vor. Es ist wirklich an der Zeit, dass die Stadtentwässerung, vielleicht in Kooperation mit den Stadtwerken, dieses Thema zu ihrem macht und hier noch viel mehr Projekte zur Umsetzung kommen.



Im Fall des Neckarparks hat man berechnet, in welchem Maß der CO₂-Ausstoß durch die Nutzung der Abwasserwärme gesenkt werden kann: verglichen mit einer konventionellen Gasheizung um rund 40 Prozent! Allein im Neckarpark sind das ca. 175 Tonnen CO₂ pro Jahr! Jahr für Jahr! An unsere zahlreichen Bezirksbeirat*innen gewandt: Ich möchte euch dazu ermuntern, die Rückgewinnung von Wärme auch in euren Stadtteilen zu thematisieren. Schaut euch die Karte an, auch bei euch gibt es Potenziale. Lasst sie uns nutzen!

Gabriele Munk

Wärmeenergie aus dem Abwasser gewinnen: Die grün und rot schraffierten Bereiche in der Karte zeigen an, wo es in Stuttgart dafür Potenziale gibt. Rechts ein Kanal in Bad Cannstatt, in dem die Abwasserwärme bereits genutzt wird.

Karte und Foto: Amt für Umweltschutz der Stadt Stuttgart





Freie Sicht in Hoffeld-West. Foto: Beate Schiener

WOHNEN I

Wertvolle Freiflächen bebauen? Von gestern!

Die ökosoziale Mehrheit bröckelt: Die SPD hat sich von dem Kurs, Innen- statt Außenentwicklung zu verfolgen, verabschiedet. Das ist fatal – nicht zuletzt fürs Klima. Dabei gibt es im Innenbereich genug Möglichkeiten, neuen Wohnraum zu schaffen. Schneller geht es außerdem.

■ Mit Unverständnis haben nicht nur die Anwohner*innen auf den Fildern reagiert, als sie lesen mussten, dass die Diskussion wieder entfacht wurde, Außenbereiche – bevorzugt Ackerflächen in größerem Ausmaß – zu bebauen. Wie kommt es dazu? CDU und Freie Wähler haben immer wieder ein Auge auf diese Flächen geworfen und damit gehadert, dass deren Bebauung mit der ökosozialen Mehrheit ab 2009 nicht mehr diskutiert und stattdessen die Innenentwicklung verfolgt wurde. Doch mit dem Sinneswandel der SPD 2019 gibt es dafür nun wieder eine Ratsmehrheit.

CORONA-PANDEMIE UND KLIMAKRISE VERDEUTLICHEN, WIE WICHTIG FREIE FLÄCHEN SIND. | Durch Außenentwicklung entstehen nicht schneller oder mehr Wohnungen, wie oft behauptet wird. Die Corona-Pandemie macht zudem deutlich, wie wichtig Naherholungsgebiete sind und welch hohen Stellenwert Ackerflächen als Nahrungsgrundlage für die Bevölkerung vor Ort haben. Zusätzlich hat diese nie dagewesene Situation wirtschaftliche Auswirkungen – wie Nutzungsaufgabe und Verkäufe von Immobilien. Diese könnten jedoch

in Wohnungen umgewandelt werden. Ein weiterer Aspekt ist die spürbare Klimakrise mit heißen Sommern, Starkregen etc., die zeigen, wie kontraproduktiv es ist, Acker- und Freiflächen zu bebauen.

Und last but not least haben wir Diskussionen um Immobilien, die vom US-Militär genutzt werden und im Eigentum des Bundes sind. Wenn diese Flächen frei werden und das US-Militär die Stadt verlässt, haben wir nicht nur ein großes Flächenpotenzial auf den Militärarealen, sondern es wird zusätzlich Wohnraum ausreisender Amerikaner*innen vor allem in den angrenzenden Stadtbezirken frei. Warum also die Diskussion, Felder zu versiegeln?

WAS TUN WIR, UM WOHNUNGSBAU ZU FORCIEREN? | Zurzeit sind mehr als 1.000 Wohnungen auf Baustelle und über 6.000 in Planung. Wir haben eine Zeitstufenliste, die alle zwei Jahre fortgeschrieben wird und derzeit ein Potenzial von 23.000 Wohnungen aufweist. Wir haben eine Untersuchung beauftragt, die jeden Stadtbezirk systematisch nach zusätzlichen Potenzialen durchsucht, ohne wichtige Freiflächen wie Kaltluftgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Streuobstwiesen etc. zu belasten. Laut ersten Schätzungen gibt es ein Potenzial von 10.000 bis 15.000 weiteren Wohnungen.

Ein Potenzial von insgesamt rund 35.000 Wohnungen für ca. 70.000 Einwohner*innen, das geplant und gebaut werden will. Das bindet große Kapazitäten an Fachper-

sonal aus der Baubranche. Es ist absolut unverständlich, warum in Kenntnis dieser Zahlen jetzt noch Vorbereitungen für die Bebauung von Ackerflächen getroffen werden sollten!

NICHT ZEITGEMÄSS: DAS SZENARIO „INTENSIVE AUSSENENTWICKLUNG“ | Vorgesehen ist die Bebauung von Flächen, die aus Landschafts- und Klimaschutzgründen nicht mehr dafür vorgesehen waren: Birkacher Feld, Rohrer Weg, Hoffeld-West, Viesenhäuser Hof, Hausen III, Langenacker-Wiesert II. Potenzial: rund 6.900 Wohnungen. Das entspräche dem angestrebten Wohnungspotenzial vom Rosensteinal (Innenentwicklung!). Hinzu kommt, dass die Realisierung auf Außenbereichsflächen mindestens zehn bis 15 Jahre dauert (siehe Langenacker-Wiesert I).

Beratungen dazu sollen Ende 2020 im Gemeinderat erfolgen. Wir Grünen lehnen aus den genannten Gründen die Bebauung wertvoller Außenbereiche ab. Wohnraumbedarf auf dem Acker zu befriedigen, sind Planungen aus alten Zeiten – es gibt neue Ideen und Möglichkeiten. Die genannten Zahlen sprechen für sich: 35.000 Wohnungen können wir im Innenbereich erstellen. Hierauf lenken wir unseren Blick und unsere Energie.

Beate Schiener



AFD & CO.

Klare Kante zeigen gegen rechts

■ Ja, wir wissen es alle: Die AfD-Mandats-träger sind demokratisch gewählt. Und sie nutzen alle Rechte, die unsere Demokratie bietet, um ihre Meinung zu vertreten. Das ist alles legal. Die AfD sorgt für Misstrauen in staatliches Handeln, verunglimpft die Medien und macht sich gemein mit Rechts-extremist*innen und Faschist*innen. Das Grundrecht auf Asyl will die AfD so aus-höhlen, dass Schutzbedürftige und politisch Verfolgte keinen Platz mehr bei uns haben sollen. Die AfD befeuert die Spaltung unserer Gesellschaft, indem sie Gruppen stigmati-siert und Ängste schürt.

Die AfD verunglimpft auch viele Maßnah-men der Bundes- und der Landesregierung, die gegen die Corona-Pandemie notwendig sind, und gefährdet damit bewusst die Ge-sundheit von Mitmenschen und den Schutz Schwächerer. | **ALLEDAM TRETEN WIR GRÜNEN ENTSCHIEDEN ENTGEGEN.**

Gabriele Munk

Protest in Weilimdorf. Foto: Barbara Graf



Veronika Kienzle, unsere Favoritin. Foto: Tom Ziara

OB-WAHL

Es wird Zeit – Stuttgart ist reif für eine grüne OBin

■ Weil sie keinem Streit aus dem Weg geht, wenn es um unsere Stadt und die Inter-essen der Stuttgarter*innen geht. Weil sie feste Grundsätze und Werte vertritt – und genauso ganz pragmatische Sachpolitik kann. Weil sie sich über Parteigrenzen hin-weg für den Schutz unserer Lebensgrund-lagen und ein gutes Miteinander starkmacht. Für alle 614.000 Stuttgarter*innen verschie-denster Herkunft in den unterschiedlichen Stadtteilen. Deshalb hat Veronika Kienzle die vollste Unterstützung unserer Ratsfraktion im Rennen um die Stelle als Oberbürger-meister*in von Stuttgart.

SIE HAT GEZEIGT, DASS SIE'S KANN. |

Wir wissen, was wir an ihr haben. Mit klarer grüner Haltung, offenem Ohr, Diskussions-freude und Kompromissfähigkeit hat sie in ihrer kommunalpolitischen Praxis zahlreiche Konflikte moderiert und gute Lösungen gefunden. Sie hat beispielsweise bei der Unterführung des Kernerviertels durch Stuttgart 21 gezeigt, dass sie sich für faire Verhältnisse für Anwohner*innen auch mit großen Playern anlegen kann.

Am Beispiel der Leonhardsvorstadt führte die überzeugte Stuttgarterin vor, wie sich das lange vernachlässigte Viertel, einer der ältesten Bezirke der Stadt, aus seinem Schmuddeldasein zum Szenekiez entwickeln ließ und mit IBA-Projekt und Haus für Film und Medien zum urbanen Vorzeigebezirk gestaltet werden kann. Sie weiß, dass Stutt-gart nichts dringender braucht als einen funktionierenden, umweltfreundlichen Ver-kehr und dass Klimaschutz unaufschiebbar ist. Dass Wohnraumangel nicht durch das Zubauen der letzten Grünflächen gelöst wird und unsere Wirtschaftskraft ohne echte Digitalisierung nicht erhalten bleibt. Dass Plätze und Straßen uns allen gehören und uns willkommen heißen sollen. Für uns ist Veronika mit ihrem langjährigen kommunalpolitischen Wirken, ihrer Tätig-keit für die Staatsrätin für Bürgerbeteiligung und Zivilgesellschaft und mit ihrer großen Lust am urbanen Leben genau die richtige, um die erste Oberbürgermeisterin der Lan-deshauptstadt zu werden.

Die Fraktion der Grünen im Stuttgarter Gemeinderat

WOHNEN II

Eigentum verpflichtet!

Wer offenen Auges durch die Stadt geht, sieht nicht nur viele Baustellen, sondern auch viele Häuser, die schon seit langer Zeit nicht bewohnt sind und vor sich hin bröckeln. Was tun?

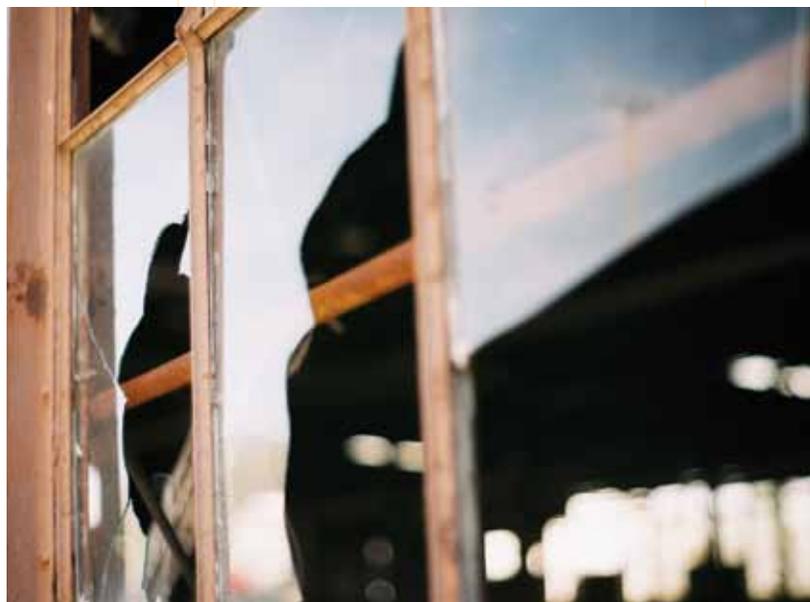
■ Meist sind ungeklärte Familienverhältnisse der Grund, dass manche Häuser jahrelang dahinsiechen. Solche Geisterhäuser sind nicht nur äußerst unsozial, weil andere händeringend eine Wohnung suchen, sie sind auch deshalb höchst ärgerlich, weil ja Grundgesetzartikel 14 besagt, dass Eigentum verpflichtet: Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen. Will man sich als Privatmensch der Sache annehmen und seine Kaufabsicht bekunden, kann man sich beim Grundbuchamt die Zähne ausbeißen, denn es liegt kein berechtigtes Interesse zur Einsichtnahme vor. Man erfährt nicht, wer die Eigentümer*innen sind, und die Häuser gammeln immer weiter vor sich hin.

LEERSTAND IST ZWECKENTFREM-DUNG. UND DA GREIFT DIE SATZUNG. | Über die Satzung gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum besteht die große Chance für die Stadt, dass sie an die Eigentümer*innen mit dem Ziel herantreten kann, sie zur Eigenentwicklung oder zum Verkauf zu bewegen. So kann vorhandener Wohnraum aktiviert werden oder, falls ein Abbruch erfolgen muss, möglicherweise mehr neuer Wohnraum entstehen. Da die Satzung erst seit 2016 in Kraft ist, können zwar keine Zwangsgelder wegen schon länger leerstehender Häuser verhängt werden. Jedoch ist es ja auch beim Baulückenkataster, in dem nicht bebaute Bauplätze erfasst werden, durch eine gute Kommunikation mit den Eigentümer*innen gelungen, dass Hemmnisse für die Bebauung ausgeräumt werden konnten und auf diesem Weg über 6.000 Wohnungen entstanden sind. Rech-

nerisch sind dadurch rund 135 Hektar Freiflächen verschont geblieben.

Bei größeren privaten Baugrundstücken ist es oft so, dass sie deshalb liegen gelassen werden, weil die Eigentümer*innen auf „bessere Zeiten“ warten, sprich: auf eine Steigerung des Bodenwerts. Da der später von den Verkaufenden realisierte Gewinn von den Kaufenden bezahlt werden muss, verteuert das aber den entstehenden Wohnraum und treibt die Mieten nach oben. Dagegen ist nur ein Kraut gewachsen:

DIE STADT MUSS BRACHLIEGENDEN BAUGRUND KAUFEN. UND HAT DANN PLANUNGSHOHEIT. | Die Stadt muss so viele Flächen wie möglich selbst erwerben, wie sie das mit den großen Wohnbauflächen in Stuttgart gemacht hat. Dort hat sie die Planungshoheit, dort bauen diejenigen Wohnungsgesellschaften, die sich zum Zweck der Erstellung von günstigem und gefördertem Wohnraum im Bündnis für Wohnen engagieren; also die stadteigene SWSG und die Stuttgarter Wohnungsgenossenschaften. Auch die Flächen hinter dem Bahnhof hat die Stadt der Bahn (bereits 2001) abgekauft, um das Heft des Handelns bei der Entwicklung des neuen Rosensteinquartiers in der Hand zu halten. Eine große Diskussion wird sich daran entzünden, ob die Grundstücke im städtischen Eigentum verbleiben sollen: Bauwillige müssten auf fremdem Boden bauen und bis



Auch im teuren Stuttgart gibt es etliche verlassene Häuser. Zerbrochene Fensterscheiben zeugen vom Leerstand. Fotos: Silvia Fischer, Unsplash/Johnathan Basquez

Vertragsende, zum Beispiel 99 Jahre lang, Erbbauzinsen an die Stadt zahlen. Wobei die Gegenrechnung der Baugesellschaften im Bündnis für Wohnen so lautet, dass Zins und Tilgung für einen Kredit bei einem Kaufgrundstück in viel kürzerer Zeit abgeleistet werden. Deshalb könnten sie so bauen, dass die Mieten bezahlbar bleiben. Und sie würden ihre Wohnungen sowieso dauerhaft im Bestand halten und nicht weiterverkaufen, also gar keine Gewinne realisieren.

Es geht also um die Klärung der Kernfrage im Gemeinderat: Wie müssen die Verträge für die Bebauung städtischer Grundstücke aussehen, damit keine Grundstücksspekulation betrieben werden kann und bezahlbare Mietwohnungen entstehen können. Das ist verantwortlicher Umgang mit dem Eigentum im Sinne des Art. 14 GG.

Silvia Fischer



Ohne Barrieren, altersgerecht

Im vertrauten Umfeld bleiben auch bei eingeschränkter Mobilität: Das Förderprogramm für barrierefreies und altersgerechtes Wohnen hat ein paar Neuerungen erfahren – und wird für viele Stuttgarter*innen damit erst interessant.

Der Bedarf für barrierefreies und altersgerechtes Wohnen nimmt angesichts des demografischen Wandels stetig zu. Menschen wollen meist so lange wie möglich in ihrem vertrauten Wohnumfeld bleiben, auch wenn durch altersbedingte Mobilitätseinschränkung, Unfall oder andere Umstände der Verbleib in der Wohnung oder dem Haus ohne Umbaumaßnahmen nicht möglich ist. Seit August 2018 gibt es daher das Förderprogramm „Behinderten- und altersgerechtes Wohnen“. Seine Verlängerung wurde in den Haushaltsberatungen 2020/21 beschlossen. Und wir haben wichtige Verbesserungen erreicht.

ZUM BEISPIEL KÖNNEN NUN AUCH MIETER*INNEN GELDER ERHALTEN.

Bei seiner Novellierung im Januar 2020 erhielt das Programm seinen heutigen Namen – und wurde nach den Beratungen im Sozial- und Gesundheitsausschuss entscheidend verbessert. Uns Grünen war dabei besonders wichtig, dass auch Mieter*innen, die nachweislich finanziell keinen Eigenanteil leisten können, Fördermittel für Umbaumaßnahmen bekommen. Die von uns beantragten Ergänzungen der Förderrichtlinie wurden aufgenommen. Antrag-

stellende Mieter*innen, die eine Bonuscard haben, können nun je Maßnahme 100 Prozent der förderfähigen Kosten des Eigenanteils erhalten. Wir haben uns auch dafür eingesetzt, dass selbsterbrachte Leistungen berücksichtigt werden und Materialkosten, Kosten für Leihgeräte, Fahrzeugmiete oder Entsorgungskosten förderfähig sind. So ermöglicht die Stadt ihren Bürger*innen, möglichst lange selbstständig und unabhängig in ihrer vertrauten Umgebung bleiben zu können, was eine deutliche Verbesserung der Lebensqualität bedeutet. Gleichzeitig wird mit diesem Programm der Anteil an barrierefreien und altersgerechten Wohnungen im Bestand erhöht. Auch die Quartiere profitieren von gewachsenen Verbindungen und gemischten Bevölkerungsstrukturen.

DIE FÖRDERBEDINGUNGEN:

Für einen Antrag auf Fördermittel aus dem Programm barrierefreies und altersgerechtes Wohnen sind diese Voraussetzungen zu erfüllen: ein Pflegegrad, ein Grad der Behinderung oder die Vollendung des 55. Lebensjahres eines Haushaltsangehörigen. Es stehen Finanzmittel in Höhe von je 500.000 Euro für 2020 und 2021 zur Verfügung, plus Restmittel aus den Vorjahren. Bislang gab es

ZUSCHUSS GEFÄLLIG?

Wer bei der Stadt Stuttgart eine Förderung für Umbauten zum barrierefreien und altersgerechten Wohnen beantragen möchte und Beratung sucht, kann sich an die Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderung wenden: info.bhb@stuttgart.de. Der Antrag selbst ist auf der Homepage der Stadt zu finden – einfach unter www.stuttgart.de *barrierefrei Wohnen* ins Suchfeld eingeben.

Zuschüsse vor allem für Umbauten im Bad- und Sanitärbereich (65 Prozent). Einen Treppenlift wollten 18 Prozent, einen erleichterten Zugang zur Wohnung elf Prozent und den Einbau eines Aufzugs sechs Prozent der Antragsteller*innen fördern lassen.

Jetzt geht es darum, dass diese Information auch bei den Betroffenen ankommt. Die Stadt hat eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit für dieses Programm zugesagt.

Raphaela Ciblis



■ ENDLICH – STUTTGART KANN GEFLÜCHTETE AUS MORIA AUFNEHMEN!

Stuttgart will den Menschen in Moria auf der griechischen Insel Lesbos helfen. Das Sozialamt kann für 50 bis 70 Geflüchtete zusätzlich und kurzfristig Plätze bereitstellen. Schon im März haben wir zusammen mit der Seebrücke und einer ökosozialliberalen Mehrheit im Gemeinderat gefordert, Menschen aus Seenot und aus den Flüchtlingscamps der griechischen Insel aufzunehmen. Nach dem Brand und der anschließenden Evakuierung wurde es höchste Zeit, dass Kanzlerin und Innenminister sich an ihre humanitäre Verantwortung erinnern und Kommunen die Aufnahme offiziell erlauben.



Foto: Redaktion

IBA'27 – wie geht es weiter?

In Zeiten von Globalisierung und Klimakrise lebenswerte Quartiere schaffen, neue Formen des Bauens, Wohnens und Zusammenlebens entwickeln, die Stadt an den Fluss bringen und zeigen, wie man Stuttgart fit macht für die Zukunft. Alles IBA!

■ Es tut sich was in Sachen IBA. Bevor wir unsere Leser*innen auf den aktuellen Stand bringen, kurz Grundsätzliches: Wir Grünen sehen in der Internationalen Bauausstellung 2027 eine große Chance für Stuttgart und die Region, Antworten auf städtebauliche, gesellschaftliche und klimatische Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu finden. Wir wünschen uns experimentelle und visionäre Ideen für unsere grünen Ideen wie Klimaneutralität, Resilienz, gesellschaftliche und funktionale Durchmischung. Die Themen Globalisierung, Nahrungsmittel, Finanzen, Mobilität haben alle Auswirkungen auf das System Stadt. Der öffentliche Raum ist besonders gefordert, er muss vielen Ansprüchen gerecht werden. Hierfür gibt es drei IBA-Ebenen.

DIE IBA'27-QUARTIERE: | „Bis 2027 sollen fünf bis sieben exemplarische IBA-Quartiere entstehen, in denen modellhafte Antworten auf viele zentrale Zukunftsfragen der Region Stuttgart sichtbar werden.“

DAS IBA'27-NETZ: | „In verschiedensten Projekten entsteht ein Netz der Infrastruktur, des Wissens und der regionalen Entwicklung. Es wird geforscht, zusammengearbeitet, diskutiert – und nicht zuletzt gebaut. Die Projekte dauern kurz oder lang, sie generieren Wissen, inspirieren und steigern die Intelligenz der Region.“

DIE IBA'27-FESTIVALS: | „2023, 2025 und 2027 sind Festivals der temporären und experimentellen Architektur geplant.“

Elf potenzielle IBA-Projekte hat die Stadt Stuttgart eingereicht, sie alle wurden in das IBA'27-Netz aufgenommen:

- Quartier C1, Wagenhallen (Entwicklung von Subkultur mit Hochkultur, Interimsoper mit den Initiativen vor Ort).
- Rosenstein, Gesamtquartier („die Stadt von übermorgen“, integriertes, nachhaltiges, solidarisches Quartier der Zukunft).
- Drei Projekte zur „Stadt am Fluss“ mit dem Neckarufer S-Ost („EnBW-Flächen“ – Transformation zur lebendigen Stadt am Fluss), der Vernetzung Bad Cannstatt („neue Verbindungen schaffen, Trennungen aufheben“ – Überwinden von Infrastrukturbarrieren) und der Vernetzung Untertürkheim (von der Altstadt zum Neckar).
- Zwei Projekte Stadt-Region Vaihingen: Vernetzung Vaihingen Bahnhof (Zukunftslabor Mobilität), Quartiersentwicklung Eiermann-Areal („Integriertes Quartier“ – zukunftsweisende Stadtentwicklung).
- Leonhardsvorstadt/Züblinareal, S-Mitte (neue Mischung, neues Quartier, neuer Zusammenhalt).
- Hack-/Stöckachstraße mit EnBW-Areal, S-Ost (solidarische, offene Stadt).

- Böckinger Straße, Zuffenhausen (innovatives Miteinander in Wohn- und Freiräumen).

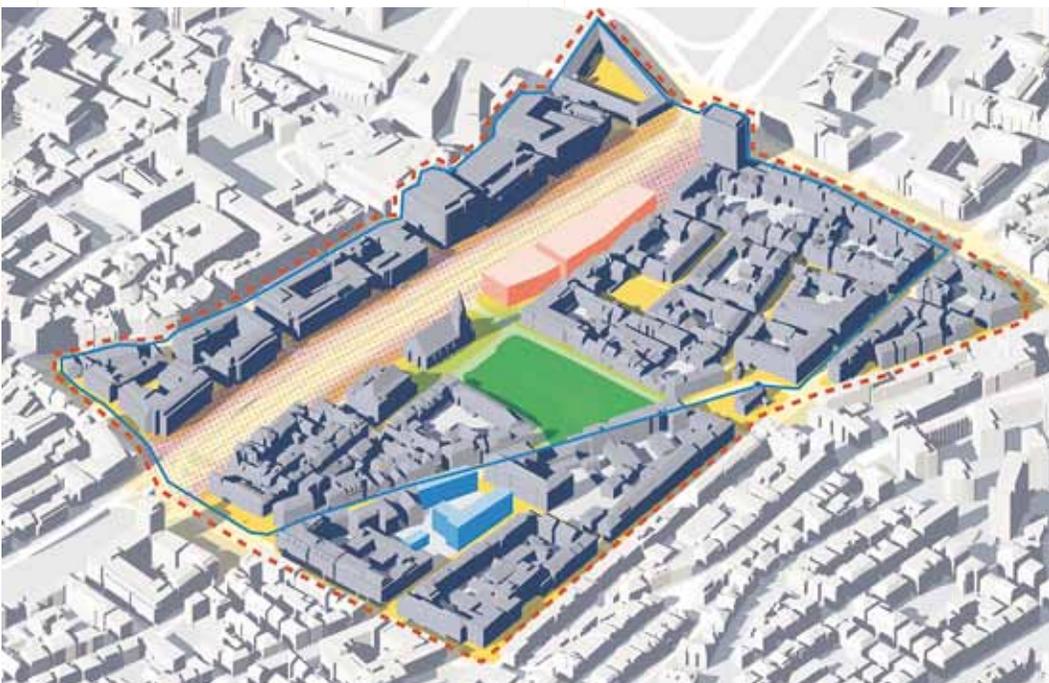
- Weißenhofsiedlung, S-Nord (Würdigung der Architektursiedlung – experimentelle Bautypologien).

Eine erste Auswahl hat der IBA-Aufsichtsrat im Juli 2020 getroffen. Von 13 Projekten in der Region wurden fünf aus dem Stadtgebiet Stuttgart aufgenommen: das Wagenhallen-Quartier, das Projekt Leonhardsvorstadt/Züblinareal, der neue Stöckach, das Quartier Böckinger Straße und ein Sonderforschungsbereich der Uni Stuttgart mit Experiment-Hochhaus in Leichtbauweise auf dem Campus Vaihingen.

LEONHARDSVORSTADT/ZÜBLIN-AREAL | Im Mai hat der Gemeinderat für das Projekt Leonhardsvorstadt/Züblinareal eine kompakte, partizipative Machbarkeitsstudie, das sogenannte „Planspiel“, auf den Weg gebracht. Das Besondere an diesem Projekt ist, dass ein ganzes Quartier einer städtebaulichen und auch soziokulturellen Betrachtung unterzogen werden soll. Die Quartiersentwicklung der Leonhardsvorstadt umfasst verschiedene potenzielle Entwicklungsbausteine. Neben der Entwicklung einer „Neuen Mitte“ mit dem Züblinparkhaus als Schwerpunkt stehen weitere Projekte für eine städtebauliche Entwicklung an: die Entwicklung des Areals Breuningerparkhaus („Neue Quartierskante“), die Neugestaltung des öffentlichen Raums sowie die Umgestaltung der B 14/Hauptstätter Straße und ihrer Ränder mit dem Ziel, das Quartier besser an die Innenstadt anzubinden. Der Vertrag mit dem Züblinparkhaus läuft Ende 2023 aus, sodass der geplante Durchführungszeitraum bis 2027 möglich wäre. Auch die beiden Quartiere Stöckach und Böckinger Straße haben gute Chancen auf Fertigstellung im Jahr 2027.

2027, 100 Jahre nach der Weißenhofsiedlung, wird ein spannendes, zukunftsweisendes Jahr für nachfolgende Entwicklungen!

Beate Schiener



Leonhardsvorstadt, grün das Züblinparkhaus. Grafik: Studio Malta



Foto: Jochen Detscher

AYTEKIN

Wir trauern um Aytekin Celik

■ Wir haben am Morgen des 27. Juli einen wichtigen Menschen und guten Freund an eine schwere Krankheit verloren: unseren Kollegen Aytekin Celik.

Aytekin war als Bildungsreferent beim Stadtjugendring, dem Dachverband der Stuttgarter Jugendverbände, angestellt und hat nebenamtlich Medienpädagogik an zwei Stuttgarter Hochschulen unterrichtet. Als Mitglied der Gemeinderatsfraktion wie auch als Mitglied des Kreisvorstands hat er die Politik der Stuttgarter Grünen mitgeprägt. Er engagierte sich im Jugendhilfeausschuss und Schulbeirat für Chancengleichheit, Teilhabe und einen interkulturellen Diskurs auf Augenhöhe. Im besonderen Maß hat sich Aytekin für Jugendliche eingesetzt und mit ihnen Wege erarbeitet, wie sie ihre Zukunft und die Zukunft der Stadt mitgestalten können.

Lange vor anderen richtete er seinen Blick auf die digitale Transformation der Gesellschaft. Sowohl im Rathaus als auch in sozialen Netzwerken machte er sich dafür stark, dass diese sozial und gerecht erfolgt. In den neuen Medien trat Aytekin als vehementer Verteidiger unserer Demokratie auf und trat Angstmache, Hass und Hetze eindeutig entgegen.

Wir haben Aytekin nicht nur als kompetenten, sondern auch als sehr ausgleichenden und vermittelnden Kollegen erlebt. Bis zuletzt setzte er sich mit uns für diese Stadt ein. Er wird uns fehlen.

Gabriele Nuber-Schöllhammer

MOBILE JUGENDARBEIT

Keine schnellen Lösungen

Projekt „City Streetwork“ wird wieder aufgenommen – wenn es nach uns geht, dauerhaft.

■ Der Ausbruch von Gewalt und die verstörenden Bilder der Krawallnacht im Juni 2020 haben viele von uns noch vor Augen. Die Zerstörungswut und die offen gezeigte Ablehnung gegenüber Polizei, Feuerwehr, THW und Sanitäter*innen ist alarmierend. Die Geschehnisse dieser Nacht müssen aufgeklärt und die Täter*innen bestraft werden. Zur Aufklärung gehört für uns aber auch die gründliche Aufarbeitung der Ereignisse. Denn wir sehen in dem Gewaltausbruch eine bedenkliche gesellschaftliche Entwicklung und müssen uns alle fragen, ob wir den Blick zu wenig auf die Bedürfnisse vor allem der Gruppe der jungen Männer gerichtet hatten.

Aus diesem Grund haben wir uns dafür eingesetzt, dass das Projekt „City Streetwork“ in der Innenstadt wieder aufgenommen und verstetigt wird. Einstimmig hat der Gemeinderat den Weg dafür bereitet, dass ab 1. November die Mobile Jugendarbeit Innenstadt – vorerst für vier Jahre – wieder aktiv wird.

DIE ZIELE DES STREETWORKS |

Aufgabe der Sozialarbeiter*innen ist es, mit den Jugendlichen ins Gespräch zu kommen und ihnen ein Beziehungsangebot aufzuzeigen. Sie bauen Netzwerke auf, um Probleme und Konfliktursachen gemeinsam zu bearbeiten. Durch die dauerhafte Präsenz vor Ort können sie Stimmungen und Konfliktpotenziale früh erkennen und ansprechen. Und sie sollen junge Menschen dabei unterstützen, eigene Sichtweisen und Erfahrungen in den Dialog einzubringen. Vorurteile und Berührungängste können so ab- und gegenseitiges Verständnis aufgebaut werden. Auch wichtig: positive Begegnungen durch gemeinsame Aktivitäten zwischen verschiedenen Nutzergruppen in der Innenstadt

ermöglichen. Etwa bei einem Straßenfest, Konzert oder beim Tanzen für alle. Und auch für individuelle Schwierigkeiten der Jugendlichen soll Raum sein bei der Mobilen Jugendarbeit. Deshalb ist auch die Drogenberatung oder die Alkoholberatungsstelle mit im Boot.

Mit diesen Hilfen können die Fachleute erschaffen, für Beruhigung und Deeskalation zu sorgen. Wir sind davon überzeugt, dass solche Angebote helfen, zu den Jugendlichen durchzudringen, ihnen neue Perspektiven aufzuzeigen und bestenfalls eine Verhaltensänderung zu erreichen. Doch wer schnelle Lösungen erwartet, wird enttäuscht. Es wird dauern, bis sich die Expert*innen den jungen Menschen annähern und Beziehungsarbeit tatsächlich stattfinden kann.

NICHT ZU VIEL ERWARTUNGSDRUCK! |

Deshalb ist wichtig, die Sozialarbeiter*innen keinem zu hohen Erwartungsdruck auszusetzen und realistisch einzuschätzen, wo Chancen aber auch Grenzen der Mobilen Jugendarbeit liegen.

Für uns ist klar, dass es zusätzliche Maßnahmen braucht, damit alle Stuttgarter*innen und Besucher*innen unserer Stadt abends und nachts weiterhin angstfrei unterwegs sein und eine gute Zeit haben können. Dazu zählen etwa die Sicherheitspartnerschaft zwischen Stadt und Polizei, bessere Beleuchtung von Plätzen, vorübergehend mehr Polizei auf Kontrollgängen oder auch die oben genannte Idee der besseren Durchmischung der Besucher*innen der Plätze. Gemeinsam wollen wir daran arbeiten, dass sich eine Nacht wie jene vom 20. auf den 21. Juni nie wiederholt.

Gabriele Nuber-Schöllhammer

Stuttgart wird Fahrradstadt

Der Radverkehr nimmt rasant zu, der Ausbau der Radinfrastruktur kann da nicht mithalten. Mit Pop-up-Radwegen ploppen schnelle Lösungen auf.

■ Schon Anfang September sind dieses Jahr eine Million Radfahrten an der König-Karls-Brücke gezählt worden – 2019 wurde diese Marke erst Ende Dezember erreicht. Elf neue Zählstellen helfen, zu zeigen, wie stark der Radverkehr im ganzen Stadtgebiet ist. Wir alle können es deutlich sehen: Der Radverkehr hat enorm zugenommen. Immer mehr Menschen entdecken, wie schön es ist, die Wege zur Arbeit oder zum Einkaufen aktiv und an der frischen Luft zurückzulegen. Deutlich sehen wir aber auch, dass die Radinfrastruktur, die wir haben, dafür nicht mehr ausreicht. Es wird zu eng auf den oft noch gemeinsamen Geh- und Radwegen. Radfahrende müssen auf die Fahrbahn und dort bequem und sicher unterwegs sein können. Das meinen wir Grünen, und dafür wollen wir auch sorgen.

DEM AUTO EINE SPUR WEGNEHMEN? GEHT DOCH! | Auf die Zunahme des Radverkehrs haben Gemeinderat und Stadt schnell reagiert und in der Theodor-Heuss-Straße und in der Holzgartenstraße breite Radstreifen angelegt, sogenannte Pop-up-Radwege. Stuttgart gilt damit zusammen mit Berlin als Vorreiterin solcher unbürokratischen Maßnahmen zum Schutz von Radfahrenden.

Wir suchen außerdem nach einer alternativen Radstrecke zum Schlossgarten und möchten, dass es für Radfahrende möglich ist, die neue Weinsteige sicher und bequem hinaufzufahren. Es geht also voran – wenn auch langsamer, als es sich viele Radfahrende wünschen.

RADWEGE: FAHRRAD-AKTIVIST*INNEN PLANEN MIT. | Zusammen mit Fahrradaktivist*innen arbeiten wir im Ausschuss für Mobilität intensiv und auch kontrovers an einer sicheren und komfortablen Radwegplanung. Das ist gut investiertes Geld. Radwege kosten nur ein Bruchteil einer Autostraße, und wo viele Fahrräder und wenig Autos unterwegs sind, blüht der lokale Handel auf. Da entstehen Cafés und neue Geschäfte, da wird mehr eingekauft. Die Stadt der Zukunft ist eine mit viel Fuß- und Radverkehr und nur sehr wenig Autoverkehr im Zentrum.

Damit Radpendler*innen schnell und sicher zur Arbeit und wieder nach Hause kommen, hat eine Machbarkeitsstudie dreizehn Rad-schnellverbindungen zwischen Stuttgart-Zentrum und umliegenden Städten gefunden. Sie müssen nun geplant werden.

Im Zuge der autofreien Innenstadt ist die Eberhardstraße für den Pkw-Verkehr gesperrt worden und damit unsere erste autofreie Fahrradstraße. Auch wenn es Autofahrenden noch schwerfällt, die Schilder zu sehen. Die Stadt unterstützt auf Initiative der Grünen weiterhin den Kauf von Lastenrädern, das Leihradsystem RegioRad wird ausgebaut, und nachdem die erste Fahrradgarage unter der Paulinenbrücke zu Testzwecken aufgestellt wurde, konkretisiert sich die Planung von Radgaragen für Anwohner*innen im Stuttgarter Westen und an Bahnhöfen.

Dank der Fahrradbegeisterung so vieler Stuttgarter*innen sind wir auf dem besten Weg, eine Fahrradstadt zu werden.

Christine Lehmann



Pop-up-Radweg auf der Theo. Foto: Christine Lehmann





Der Haupteingang zum Hbf Stuttgart, als der noch keine Großbaustelle war. Foto: Unsplash/Christian Wiediger

VERKEHR II

Den Hauptbahnhof fit für die Zukunft machen

Gerade bei S 21 gilt: Heute müssen wir die Weichen stellen, um auch nach 2030 die Schieneninfrastruktur von morgen ausbauen zu können. Die Voraussetzung, um die Verkehrswende und den Umstieg auf die Schiene zu schaffen.

■ Jetzt, Ende 2020, wäre der Stuttgarter Hauptbahnhof laut ursprünglichen Planungen fertig geworden. Heute wissen wir, dass wir noch mindestens bis 2025 mit der Baustelle leben müssen. Bis wann wir den Flughafenbahnhof und somit die neue Führung der Gäubahn in den neuen Tiefbahnhof haben, ist noch nicht absehbar.

NACHJUSTIERT: REGIONALBAHNHOF VAIHINGEN UND NORDHALT | Seit der Zeit, als S 21 beschlossen wurde, hat sich viel verändert. Gegenüber den ersten Planungen musste an vielen Stellen nachjustiert werden. Wir bauen zusätzlich den Regionalbahnhof Vaihingen aus – zum Glück haben wir Grünen interveniert und auf diesen Halt gepocht. Die Entwicklungen sprechen für uns, die Zunahme der Arbeitsplätze in Vaihingen erfordert zusätzliche Nahverkehrsangebote, auch mehr S-Bahn-Verkehr. Wie der Projektfortgang zeigt, wäre es heute unvorstellbar, wenn wir bis zur Inbetriebnahme von S 21 den Gäubahn-Halt in Vaihingen nicht in Angriff genommen hätten.

Auch im Norden wurde nachjustiert. Nahe des Nordbahnhofs wird ein neuer Nordhalt entstehen, der bei Inbetriebnahme des Tiefbahnhofs den Weiterbetrieb der Gäubahn ermöglicht, die Panoramabahn weiter nutzt und einen zusätzlichen Umsteigepunkt in den Stuttgarter Norden schafft.

FRAGEZEICHEN BEIM UMGANG MIT STÖRFÄLLEN | Fraglich ist, wie man im Störfall den Verkehr abwickelt, denn wenn die S-Bahn-Röhre – zum Beispiel nächsten Sommer – bedingt durch Sanierungsarbeiten blockiert ist, können die S-Bahnen nicht mehr den Hauptbahnhof erreichen. Der Stadtbahnverkehr wird dies selbst mit zusätzlichen Angeboten kaum auffangen können, zumal der Ausbau der 80-Meter-Bahnsteige der U1 bis dahin noch nicht umgesetzt sein wird. Auch nach Fertigstellung des Flughafenbahnhofs wird der Störfall weiter ein Thema sein. Die neuen, erst als Idee vorliegenden Pläne des Bundes mit einer langen Tunnelröhre ab Böblingen verhindern im Störfall die Anbindung der S-Bahn an Stuttgart, da diese nach Durchfahrt der neuen Tunnelführung nach dem Hauptbahnhof erst wieder den Flughafen beziehungsweise Böblingen anfahren können.

WOHIN MIT DEM S-BAHN- UND REGIONALVERKEHR? | Fraglich ist heute auch, wie wir umfangreiche Zusatzangebote im S-Bahn- und Regionalverkehr abwickeln wollen. Die alte Idee, zusätzliche S-Bahn-Linien und weitere Taktverdichtungen am

Hauptbahnhof enden zu lassen, ist eine Variante, um insgesamt ein deutlich größeres Angebot zu ermöglichen. Das schafft auch Freiräume für neue Angebote, etwa eine Express-S-Bahn in Richtung Böblingen über die Panoramabahn. Auch neue Angebote des Regionalverkehrs könnten über diese Trasse geführt werden.

S-21-VERFECHTER GEBEN BLOCKADE AUF – EIN ERGÄNZUNGSBAHNHOF IST MÖGLICH! | Wir freuen uns, dass wir im Gemeinderat die bisherige Blockadehaltung bei den Projektbefürwortern, über weitere Ergänzungsmaßnahmen auch am Hauptbahnhof nachzudenken, aufbrechen konnten. Mit unserem Antrag haben wir erreicht, dass die Landeshauptstadt die Möglichkeit einer Ergänzungsstation am Hauptbahnhof unterstützt, aber auch weitere Ergänzungsmaßnahmen wie eine Weiterführung der Panoramabahn Richtung Feuerbach überprüft werden. Nun gilt es, schnell Antworten zur Machbarkeit und zu den Kosten zu bekommen, sodass wir durch Bebauung des Rosensteinviertels eine spätere unterirdische Gleisführung bis zum Hauptbahnhof nicht dauerhaft verhindern.

Björn Peterhoff



■ BUNTE ZEICHEN DER VIELFALT

Auf unsere Initiative pünktlich zum CSD vorm Breuninger angebracht: Regenbogen als Zeichen für Vielfalt. Auf dem Bild strahlt unser Vorsitzender Andreas Winter und freut sich: „So schnell ging’s noch nie mit der Umsetzung eines Antrags! Ein wirklich schönes Zeichen für Lebensfreude, Vielfalt, Toleranz und Akzeptanz in Stuttgart!“

Leider ist die Akzeptanz von Diversität auch in unserer Stadt noch lange kein Selbstläufer. Deshalb war es wichtig, dass der diesjährige Christopher Street Day coronabedingt nicht einfach ausfiel, sondern neue Wege ging. Unter dem Motto „Vielfalt braucht Verstärkung“ gab’s Aktionen und Veranstaltungen sowohl im öffentlichen als auch im digitalen Raum. Und gerade in diesem Jahr fanden wir: Jetzt ist ein guter Zeitpunkt, um in Form von Regenbogenzeichnungen auf öffentlichen Flächen ein weiteres Zeichen für Toleranz und Akzeptanz in Stuttgart und für die Bereicherung durch Vielfalt zu setzen.



Und zack war er da: Regenbogen vor dem Breuninger. Foto: Redaktion

KITAS

Kitagebühren sozial staffeln, Familien entlasten!

Die Gebührensenkung für Krippenkinder kommt – sie stand wegen Corona auf der Kippe.

■ Familien in Stuttgart, die Anspruch auf die Familiencard haben, zahlen seit 2018 für Kinder zwischen drei und sechs Jahren weniger Kitagebühren. Pro Kind und Monat sind das 50 Euro weniger – und ab drei Kindern ist die Kita sogar kostenfrei. Diesen Weg sind wir konsequent weitergegangen und haben in den vergangenen Haushaltsberatungen diese sozial gerechtere Gebührensaffelung auf die unter dreijährigen Kinder ausgeweitet. Damit wollen wir die Stuttgarter Familien entlasten und setzen ein starkes bildungs- und sozialpolitisches Zeichen.

HAUSHALTSBESCHLUSS WEGEN CORONA TORPEDIERT | Anfang des Jahres legte dann das Corona-Virus unser aller Leben lahm. Betroffen vom Lockdown waren auch Kindergärten und Schulen. Familien leisteten in dieser Zeit Schwerstarbeit: Von einem Tag auf den anderen waren Arbeit, Familienleben und Kinderbetreuung bzw. Schulersatz neu zu organisieren. Was alles in kürzester Zeit möglich gemacht wurde, ist eine unglaubliche Leistung. Eltern wurden zu Hilfslehrer*innen, Erwerbsarbeit wird in die Abendstunden und auf das Wochenende verlegt, Spielplätze werden zu Hause improvisiert – und das alles oft ohne die Unterstützung der Großeltern.

■ **DIE FAMILIENCARD:** | eine freiwillige soziale Leistung der Stadt Stuttgart. Sie soll allen Kindern und Jugendlichen die Teilnahme an den vielfältigen Freizeit- und Bildungsangeboten in Stuttgart ermöglichen. Anspruch auf die Card haben alle Stuttgarter Familien, deren jährliches Einkommen nicht mehr als 70.000 Euro brutto beträgt. Weitere Infos gibt’s unter www.stuttgart.de/vv/leistungen/familiencard-beantragen.php

Der Lockdown brachte auch dramatische wirtschaftliche Folgen mit sich, und obwohl der Haushalt der Stadt für das Jahr 2020 wie geplant finanziert wird, suchte die Verwaltung Einsparpotenziale und schlug vor, unseren Haushaltsbeschluss für die Gebührensaffelung für Krippenkinder nicht umzusetzen. Für uns war dieser Vorschlag völlig unverständlich, denn die Entlastung von Familien ist nicht nur ein starkes Signal, sondern in dieser Zeit auch eine Anerkennung der Leistung der Familien während des Lockdowns. In einem Antrag forderten wir die Verwaltung deshalb auf, unseren Haushaltsbeschluss umzusetzen, und waren erfolgreich. Die Gebührensaffelung für Krippenkinder in Stuttgart kommt!

Gabriele Nuber-Schöllhammer

„Vielfalt sollte überall sichtbarer sein“

Eine neue Mitstreiterin an unserer Seite: Marina Silverii rückt in den Gemeinderat nach. Fürs erste Kennenlernen haben wir ein kleines Interview mit ihr geführt.

■ *Liebe Marina, schön, dass du jetzt dabei bist! Wie hat es dich nach Stuttgart verschlagen, und was machst du so, wenn du gerade keine Kommunalpolitik machst?*

M.S.: 1992 zogen wir nach Stuttgart, da uns das Pendeln von Tübingen zur Arbeitsstelle in Stuttgart-Mitte schnell zu viel wurde. Ich engagiere mich als pädagogische Assistentin an einer Brennpunktschule, und sonst lese ich (praktisch dauernd und am liebsten Krimis), koche mit Hingabe und Nähe zum Beispiel sehr gern.

Was schätzt du an Stuttgart – und was nervt dich so richtig?

M.S.: Die kurzen Wege bis zum vielen Grün und den nahen Natur- und Erholungsmöglichkeiten. Das umfangreiche Kulturangebot. Eigentlich müsste ich noch tausend andere Dinge hier auflisten – Stuttgart mag ich einfach! Als begeisterte Köchin bin ich sehr oft auf dem Wochenmarkt. Exotischere Zutaten gibt es in der Markthalle und in den vielen kleinen und liebenswerten Feinkostgeschäften. Das ist ein Luxus, den ich sehr schätze.

Nervig finde ich manchmal das mobile Miteinander – egal ob motorisiert oder nicht. Da wäre ein bisschen mehr Rücksicht und Toleranz schön.

Drei Ziele, die du für die kommende Zeit ins Auge gefasst hast?

M.S.: Eine Stadt für alle, das heißt für mich: Erstens, dass die Vielfalt der Menschen, die in Stuttgart leben, überall sichtbarer sein sollte. Vor allem in politischen Gremien wie dem Bezirksbeirat, dem Gemeinderat, auch in verantwortungsvollen Führungspositionen. Zweitens braucht Stuttgart mehr bezahlbare Wohnungen, und auch hier halte ich unterschiedliche Wohnformen, eine soziale Durchmischung, für sehr wichtig. Und drittens will ich mithelfen, die Perspektiven für alle Kinder und Jugendlichen zu verbessern. Denn leider ist Armut auch im reichen Stuttgart ein Thema, das viele betrifft.

Die Fragen stellte Laura Geßner.

■ **MARINA SILVERII,** verheiratet, eine Tochter und zwei Söhne, lebt in Stuttgart-West. Lieblingsort: der Schillerplatz – vor allem, wenn Wochenmarkt ist.



Foto: Redaktion

GENDER

Sprachpolizisten aufgepasst

Die Stadt hat einen Leitfaden zur gendergerechten Sprache vorgelegt. Wir finden, das war mindestens überfällig*in! Und ganz im Ernst: Es war dafür höchste Zeit.

■ Die städtische Gleichstellungsbeauftragte Dr. Ursula Matschke und ihr Team haben dem zuständigen Beirat in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause den neuen Leitfaden zur gendergerechten Sprache vorgestellt. Er soll die Mitarbeiter*innen in der Verwaltung für das Thema „gendern“ sensibilisieren und ihnen bei der praktischen Umsetzung helfen. Die Erstellung eines solchen Leitfadens dürfte eigentlich als eine der Pflichtaufgaben einer Gleichstellungsstelle verstanden werden – doch dafür war das mediale Sommerloch viel zu nahe gerückt. Selbst unser Ministerpräsident hatte es nötig, sich öffentlich von sogenannten „Sprachpolizisten“ (eigentlich sind wohl Sprachpolizistinnen gemeint) zu distanzieren.

Aber sind es nicht gerade diejenigen, die jede mehr oder weniger kreative Reform der Sprache hin zu mehr Vielfalt vehement ablehnen und so die „gute alte“ Ordnung der Dinge krampfhaft zu sichern versuchen, die als (hier ist die männliche Form mit Absicht gewählt) Sprachpolizisten in Zivil unterwegs sind?

DIE WELT IST IMMER IM WANDEL. SPRACHE AUCH. | Die Welt, unsere Wahrnehmung und unsere Sprache stehen im dialektischen Verhältnis zueinander und beeinflussen sich gegenseitig. Unabhängig davon, was die Sprachtheorie vom generischen Maskulinum hält, zeigen empirische Studien: Es wirkt. Werden Berufe nur in männlicher Form dargestellt, trauen sich weniger Mädchen zu, sie einmal auszuüben. Werden dieselben Berufe jedoch gendert, verschwinden die Hürden. Eine kleine, feine Änderung mit phänomenalen Folgen. Nicht umsonst wird in gesellschaftlichen Debatten über Diskriminierung betont: Man kann nur das sein, was man sich vorstellen kann. Aber wir können uns nur das vorstellen, was wir auch benennen können!

Wir Grünen im Stuttgarter Rathaus begrüßen daher den Leitfaden zur gendergerechten Sprache und hoffen, dass die praktische Umsetzung nicht lange auf sich warten lässt. Eine Sprache, die alle Geschlechter im Blick hat, spiegelt die Vielfalt unserer Gesellschaft wider und bringt keine Nachteile für die Sprecher*innen. Und die positive Wirkung auf Zuhörer*innen und Leser*innen ist sogar nachgewiesen.

Jitka Sklenářová



RASSISMUS

Black Lives Matter!

Die weltweite Protestbewegung Black Lives Matter hat auch in Stuttgart Rassismus in Gesellschaft und bei staatlichen Institutionen kritisiert. Mehrere Tausend Menschen haben im Juni im Schlossgarten und auf dem Wasen demonstriert. Vorangegangen war der Tod von George Floyd, der in den USA zu heftigen Auseinandersetzungen geführt hatte. Videos von Polizeigewalt gingen um die Welt und durch Social Media.

BERICHTE ÜBER ALLTÄGLICHEN RASSISMUS | Wir Grünen im Stuttgarter Rathaus setzen uns seit jeher für eine vielfältige Stadtgesellschaft und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ein. Deshalb haben wir die Organisator*innen der Stuttgarter BLM-Proteste zu einer Videokonferenz eingeladen, um uns von den alltäglichen Rassismuserfahrungen berichten zu lassen und politische Forderungen aufzugreifen. Auch Stuttgart als weltoffene Stadt ist nicht gefeit vor Alltagsrassismus: im Job, in der Bahn, bei der Wohnungssuche. Die Polizei arbeitet in Stuttgart anders als in den USA. Trotzdem haben wir auch hier zahlreiche Berichte von Racial Profiling. Schwarze und People of Colour werden häufiger kontrolliert als Weiße. Darüber sind wir im Dialog mit dem hiesigen Polizeipräsidium.

NEIN ZU RASSISTISCHER DENKE UND SYMBOLIK | Auf dem Weg in eine anti-rassistische Gesellschaft wollen wir von rassistischen Denkweisen und Symbolen wegkommen. Aber bis wir in einer Gesellschaft leben, in der die Hautfarbe keine Rolle mehr spielt, müssen wir noch viele Diskussionen führen. Wichtig ist, dass wir die Gesellschaft in die Debatte einbeziehen und erklären, weshalb manche Redewendungen, Begriffe, Symbole oder auch das Wappen von Möhringen rassistisch konnotiert sind. Als Stadt stellen wir uns unserer Verantwortung etwa in der Aufarbeitung unserer Kolonialgeschichte. Auch das Land gilt als Vorbild: Es ist Vorreiter in der kritischen Aufarbeitung des Umgangs mit Kolonialobjekten in staatlichen Museen.

Marcel Roth



Black-Lives-Matter-Demo. Foto: PDB Verlag/Pixabay

SEXISMUS

Sexistische Werbung – nein danke!

Immer wieder hängen in Stuttgart Plakate, deren Inhalte nicht nur geschmacklos, sondern schlicht sexistisch sind. Das ist eigentlich erstaunlich – denn schon seit Anfang der 1990er gibt es Regeln in Stuttgart, die genau das verbieten.

AUCH DATING-SHOWS BRAUCHEN SOLCHE WERBUNG NICHT. | Im Mai hatte ein Privatsender mit seiner Werbekampagne für eine Dating-Show mit herabwürdigenden Texten und Motiven eindeutig Grenzen überschritten. Da die Plakate teils auch auf städtischen Werbeflächen hingen, haben wir Grünen umgehend beantragt, dass sie wieder abgehängt werden. Dieser Antrag hat viel Anklang gefunden – noch über Wochen haben uns im Rathaus Nachrichten von Bürger*innen erreicht, die uns problematische Werbung gemeldet haben.

In der Folge unseres Antrags hat sich etwas Spannendes herausgestellt – die Verträge zu den Werbeflächen schließen sexistische Werbung eigentlich schon seit den frühen 1990er-Jahren aus. In den Verträgen hieß es unter anderem, dass „insbesondere (...) keine frauen- und fremdenfeindlichen Plakate geklebt werden“ dürfen. Im Jahr 2003 wurden die Regelungen nochmals konkretisiert: Werbung sei als sexistisch abzulehnen, wenn beispielsweise die sexuelle Attraktivität von Frauen ohne Sachzusammenhang statt einer Produktvorstellung als Werbemittel verwendet wird. Oder

wenn Frauen in einseitig klischeehaften Rollen, als sexuell jederzeit verfügbar oder demütigend dargestellt werden. Doch wer sich umsieht, muss erkennen: Nicht jedes Plakat entspricht diesen Regeln. Uns stellt sich die Frage: Wie kann das sein?

AN DIE WAND GEKLEISTERT WURDE SOMIT AUCH DIE BOTSCHAFT: SENSIBILISIERUNG TUT NOT! | Deshalb haben wir das Thema im Gleichstellungsbeirat der Stadt vorgebracht und uns mit Dr. Ursula Matschke, der Leiterin der Abteilung für Chancengleichheit und Diversity, getroffen. Sie erläuterte uns, dass das Tiefbauamt, die Plakatierungsfirmen und ihre Abteilung im Regelfall in Abstimmung miteinander darüber entscheiden, ob problematische Plakate aufgehängt werden dürfen oder nicht. Sie wird nun nochmals auf das Thema hin sensibilisieren und die Richtlinien auf der städtischen Website veröffentlichen.

Gabriele Nuber-Schöllhammer
und Jitka Sklenářová

SATZUNG

Das neue Stadtrecht für Stuttgart: partizipativ, demokratisch, grün!

Jetzt geht's ums Grundsätzliche – für die Bürger*innenbeteiligung, die Vielfalt unserer Stadtbezirke, die Legitimation der Bezirksbeiräte.

■ DIE LANDESHAUPTSTADT STUTTGART BEKOMMT EINE NEUE HAUPTSATZUNG. |

Grundlagen für die städtischen Kompetenzen zur eigenen Rechtssetzung sind im Allgemeinen das im Grundgesetz verankerte Recht zur kommunalen Selbstverwaltung und im Speziellen die Vorgaben aus der Gemeindeordnung Baden-Württemberg. Letztere ist novelliert worden, und das ist nun der Auftakt für die komplette Neufassung des Stuttgarter Stadtrechts. Notwendig ist das nicht zuletzt, weil die Reform der Gemeindeordnung durch die grün-rote Landesregierung im Jahr 2015 viele sprachliche Anpassungen notwendig macht. So wurden beispielsweise Bürgerversammlungen in Einwohnerversammlungen umbenannt.

Klingt nicht wirklich spannend? Dann nehmt das: Es soll auch die über Jahre veränderte kommunalpolitische Praxis in den Satzungstext einfließen.

Da die Hauptsatzung quasi „die Verfassung“ unserer Stadt darstellt, wird mit ihr begonnen. Die alte Hauptsatzung stammt aus dem Jahr 1978. Sie wurde in der Zwischenzeit immer wieder verändert. Neben dem erwähnten Änderungsbedarf im formalen Bereich ist für uns wichtig, dass sich darin auch die veränderte politische Kultur in unserer Stadt widerspiegelt. Bürger*innen bringen sich vermehrt ein, wollen die kommunale Demokratie selbst gestalten, und wir Grünen wollen Bürger*innenbeteiligung bei allen wichtigen städtischen Projekten weiter vorantreiben.

■ WIR WOLLEN DIE BETEILIGUNG DER BÜRGER*INNEN UND AUCH VON KINDERN UND JUGENDLICHEN FESTSCHREIBEN. |

Los geht es mit dem ersten Abschnitt der Hauptsatzung – er heißt tatsächlich „Verfassung“ –, in dem die Verwaltungsorgane der Stadt beschrieben sind. Dort wollen wir die Beteiligung der Bürger*innen sowie von Kindern und Jugendlichen an der kommunalen Demokratie als zusätzliche Grundlage städtischer Verwaltungsprozesse festschreiben.

■ WIR FRAGEN: BIS ZU WELCHEN GELDBETRÄGEN DARF DIE VERWALTUNG ENTSCHIEDEN? |

Die Hauptsatzung regelt in vielen Bereichen, bis zu welcher Summe an Ausgaben die Verwaltung eigenmächtig handeln kann und ab welchen Beträgen die Zustimmung des Gemeinderats erforderlich ist. Hier ist völlig klar, dass die alten Beträge im Zuge von Inflation und Preissteigerungen im Jahr 2020 nicht mehr haltbar sind. Trotzdem schauen wir uns die Wertgrenzen genau an und versuchen, für jeden Bereich das passende Maß zwischen effizienter Verwaltungsarbeit und demokratischer Legitimation zu finden.

■ WIR SCHÄTZEN DIE VIelfALT UNSERER STADTBEZIRKE UND WOLLEN SIE STÄRKEN. |

Zur Hauptsatzung gehört auch die Bezirksverfassung. Wir sind stolz auf die Vielfalt unserer Stadtbezirke und die polyzentrische Stadtstruktur Stuttgarts. Die Bezirksbeiräte sind fester Bestandteil der kommunalen Demokratie und eine institutionalisierte Form ständiger Beteiligung der Bürger*innen, die wir wertschätzen. Deswegen wollen wir die Bezirks-

beiräte in ihrer jetzigen Struktur erhalten und stärken, unter anderem mit besserer Arbeitsausstattung und besseren digitalen Arbeitsmöglichkeiten. Die Zusatzsitze in den Bezirksbeiräten, die im Zuge von Fraktionszusammenschlüssen im Gemeinderat vergeben werden, wollen wir abschaffen. Die Regelung hat demokratietheoretisch keinen Sinn und verzerrt das Wahlergebnis in den Bezirken.

WIR WOLLEN, DASS SICH ALLE ANGESPROCHEN FÜHLEN. | Zu guter Letzt ist es allerhöchste Zeit für ein neues Stadtrecht, das alle anspricht. Nachdem wir im Gemeinderat die Verwendung geschlechtergerechter Sprache im amtlichen Schriftverkehr ermöglicht haben, wollen wir die städtischen Satzungstexte konsequent ändern. Denn nur ein Stadtrecht, das sich an alle Einwohner*innen wendet, ist ein gerechtes Stadtrecht für Stuttgart.

WIR WOLLEN EUCH EINBEZIEHEN. | Ein neues Stadtrecht ist ein Prozess, der uns noch viele Jahre beschäftigen wird. Wir wollen es gemeinsam entwickeln. Habt ihr Ideen oder Wünsche zum neuen Stadtrecht? Schreibt mir eine Mail!

florian.pitschel@stuttgart.de

Florian Pitschel



Fast wie Feuerwehr. Aus dem Referat Soziales und

Unsere grüne Bürgermeisterin berichtet, wie sie den Lockdown erlebt hat. Gerade ihr Referat musste schnell reagieren und mit etlichen Änderungen zurechtkommen.

■ Mit den ersten Meldungen im Dezember 2019 aus Wuhan blitzte das Corona-Virus um die Ecke. Aber es war noch weit weg, auf der anderen Seite des Globus. Anfang Februar 2020 reiste ich mit einer Mini-Delegation nach Indien: um die freundschaftlichen Bande mit unserer Partnerstadt Mumbai zu stärken, um mich über soziale und städtebauliche Projekte zu informieren und mich mit Fachleuten über ähnliche Probleme und Fragestellungen wie bei uns in Stuttgart auszutauschen. Aber schon beim Eintreffen im Flughafen Mumbai wurden wir mit Corona konfrontiert: Eine „Corona-Aussteigekarte“ musste ausgefüllt werden, Fiebermessstellen standen bereit, und überall arbeiteten die Flughafenmitarbeiter*innen mit Maske. Mumbai hatte damals schon einige infizierte Fälle identifiziert und entsprechend reagiert.

Zurück in Stuttgart war zunächst business as usual. Sitzungen, Vor-Ort-Termine, Tagungen, Grußworte. Dann flirrten Bilder und Nachrichten aus Italien über die Bildschirme, und spätestens dann war klar, dass es nur noch eine Frage der Zeit war, bis das Virus auch Deutschland erreicht.

Schon im Januar liefen erste Gespräche über die sich verschärfende Lage in China. Ab Mitte Februar bereitete sich die Stadt intensiv auf die zu erwartenden Krankheitsfälle durch COVID-19 vor. In meinem Referat SI – also inklusive Gesundheitsamt, Sozialamt, Jobcenter, Integrationspolitik und dem Beauftragten für Menschen mit Behinderung – liefen die Vorbereitungen auf Hochtouren. Selbstverständlich war die

Umsetzung der ab Mitte März erlassenen „Verordnung der Landesregierung über infektionsschützende Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Virus SARS-Cov-2“ (Corona-VO) Maßstab unseres Handelns, aber darüber hinaus wurden auch stuttgart-spezifische Maßnahmen getroffen.

PFLEGEHEIME, FLÜCHTLINGS- UND NOTUNTERKÜNFTE SCHÜTZEN, HÄUSER ANMIETEN – UND ZWAR FLOTT! |

Wir führten Gespräche mit den Stuttgarter Trägern der Alten- und Pflegeheime, um gemeinsam Quarantänemaßnahmen für Bewohner*innen vorzubereiten und bei Bedarf umzusetzen. Es wurden Wege gesucht, wie die strengen Vorgaben der Corona-VO zur Besucherregelung eingehalten und trotzdem die lebensnotwendigen Kontakte zwischen Bewohner*in und Angehörigen ermöglicht werden konnten.

Wir mussten dringend Vorkehrungen treffen, damit sich das Virus nicht in unseren Flüchtlingsunterkünften oder den Notunterkünften für obdachlose Menschen ausbreitet. Dazu hat das Sozialamt in Zusammenarbeit mit dem Liegenschaftsamt mehrere Häuser angemietet. Sie können von Menschen, die ohne eigene Häuslichkeit sind, sich aber aufgrund von Infektionsschutzvorgaben isolieren müssen, als Quarantäne-Schutzunterkünfte genutzt werden.

AUCH UND GERADE IN CORONA-ZEITEN MUSS HILFE ERREICHBAR SEIN. |

Verschiedene vorhandene Unterstützungssysteme, zum Beispiel für Sucht- und Drogenkranke, für psychisch Erkrankte oder für Menschen mit Behinderung, mussten auf die besondere Corona-Situation angepasst werden. Auch die Einrichtungen der Wohlfahrtspflege, der Wärmestuben und der Tagesstätten mussten für die Hilfebedürftigen erreichbar bleiben.

Die Kolleg*innen im Gesundheitsamt arbeiteten teilweise rund um die Uhr und am Wochenende, um durch konsequente Nachverfolgung Infektionsketten unterbrechen, Quarantäneanordnungen erlassen und Abstriche anordnen zu können. Stationäre Fieberambulanzen und Testzentren wurden eingerichtet; sogenannte Corona-Mobile suchten Personen auf, die nicht von selbst zu den Testzentren gelangen konnten.

SCHUTZAUSRÜSTUNGEN? ZUM GLÜCK WELCHE AUF LAGER |

Gemeinsam mit dem Klinikum Stuttgart bestellten wir PSA, also Persönliche Schutzausrüstung für die Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung, aber auch für Träger zahlreicher Stuttgarter Einrichtungen zur raschen Versorgung ihrer Pflegekräfte und Bewohner*innen. In einer Samstagvormittag-Aktion verteilten wir 10.000 Schutzmasken aus dem eigenen Pandemie-Lager in einem ersten Schritt an Einrichtungen in Stuttgart, die diese auf dem leergefegten Markt nicht selbst in ausreichender Zahl beschaffen konnten.



Kommunalpolitik geht auch mit COVID-19

Wir nutzen das Digitale, machen Treffen in persona aber mehr und mehr möglich.

■ Ganz zu Beginn hat die Pandemie auch das Rathaus kurz in eine Art Schockstarre versetzt. Auf Anraten des Gesundheitsamts wurden alle Sitzungen, Ausschüsse, Gemeinderat und Co. vorerst ausgesetzt. Doch recht schnell fanden sich auch hier Alternativen, die teils bis heute erfolgreich praktiziert werden. Unsere grüne Fraktion etwa macht ihre Fraktionssitzungen nach wie vor nur im digitalen Raum – hierfür haben wir uns mit Soft- wie auch Hardware ausgestattet. Wir tun dies auch aus der Überzeugung heraus, dass die größte Fraktion im Rat hier eine Vorbildfunktion hat.

DER RAT TAGT IN DER LIEDERHALLE.

Zu Beginn lief viel über sogenannte Umlaufbeschlüsse, die via Mail an die Stadträt*innen versandt wurden. Inzwischen wurde für Gemeinderats- und Ausschusssitzungen ein Konzept gefunden, das eine Teilnahme in persona ermöglicht. Es umfasst eine Maskenpflicht überall außerhalb des eigenen Platzes, großzügige Abstände zwischen den

Sitzen und natürlich eine geeignete Handhygiene. Um die Abstände einhalten zu können, tagt der Gemeinderat tatsächlich in der Liederhalle. Wichtig ist die persönliche Teilnahme nicht nur aus formellen Gründen – ermöglicht der persönliche Kontakt, auch mit gebotenen Abstand, doch nochmal eine andere Gesprächsebene.

Klar ist: Die noch im April geäußerten Bedenken, dass Politik nun zum Erliegen käme und ihre Entscheidungen keine demokratische Gültigkeit mehr hätten, haben sich als Unkenrufe herausgestellt. Was alles trotz Corona in den letzten Monaten möglich, wichtig und richtig war, kann man in dieser STADTBLATT-Ausgabe lesen.

BESUCHER*INNEN SIND WEITERHIN ZUGELASSEN!

Einigen einzigen Wermutstropfen gibt es in unseren Augen derzeit noch: die eingeschränkte Möglichkeit, als Besucher*in an Sitzungen teilzunehmen. Es sind meist nur eine Handvoll Sitze verfügbar, was vom Transparenzgedanken her schwierig ist. Aber um ehrlich zu sein: Auch die haben in den letzten Monaten eigentlich in fast jedem Fall gut gereicht.

Gabriele Nuber-Schöllhammer

■ WIR FREUEN UNS AUF DEN NEUEN MARKTPLATZ!

Wo heute Bagger baggern, werden ab Herbst 2022 ein Fontänenfeld und ein Trinkwasserbrunnen in heißen Sommermonaten für Abkühlung sorgen. Es gibt einen neuen Belag, der historische Brunnen wird restauriert und ebenerdig wieder aufgestellt – und die Platanen bleiben erhalten.



Foto: Redaktion

Integration

DAS MOTTO DER STUNDE:

ZUSAMMENARBEITEN ... | Die Sorgen und Fragen der Stuttgarter Bürger*innen waren zeitweise so häufig, dass das Gesundheitsamt dankenswerterweise von freiwilligen Kolleg*innen anderer Ämter im sogenannten Bürgertelefon unterstützt wurde. Bei all diesen Maßnahmen kam es zu vielen Kooperationen der Stuttgarter Ämter, die aus meiner Sicht und angesichts der Dringlichkeit vieler Entscheidungen hervorragend funktionierten. Koordiniert und stadtweit abgestimmt wurde es in eng getakteten Lagebesprechungen der Verwaltungsspitze und des Klinikums.

... UND AUFEINANDER AUFPASSEN!

Wir haben im ersten Halbjahr 2020 viel gelernt und fühlen uns im Moment für eine vielleicht zweite Welle gut gerüstet. Dennoch sind wir allen, die vorsichtig bleiben und auf sich und ihre Mitmenschen gut aufpassen, sehr dankbar.

Je mehr Menschen die immer noch notwendigen Vorsichtsmaßnahmen ernst nehmen, desto besser können wir die Lage im Griff behalten.

In diesem Sinne, bleibt und bleiben Sie gesund!

*Alexandra Sußmann,
Bürgermeisterin für
Soziales und gesellschaftliche
Integration*



Alexandra Sußmann besucht das Corona-Testzentrum auf dem Cannstatter Wasen.
Foto: Stadt Stuttgart/Thomas Wagner

Der Weg zu digitalen Schulen

Die Pandemie hat die Schwachstellen unseres Schulsystems aufgedeckt. In Sachen Digitalisierung sind wir hintendran – und die Strukturen für ein schnelles Vorankommen nicht immer förderlich. Technik fehlt, eine Schulcloud ist nicht datensicher und eine Bildungsplattform des Landes kommt nicht aus den Startlöchern. Der Weg zu digitalen Schulen: holprig und mühsam.



Fernunterricht und kein Tablet? Abgehängt!
Foto: Startup Stock Photos

Die Schule ist Mitte September wieder im „Regelbetrieb“ gestartet. Bisher (zumindest bei Entstehung dieses Artikels), ist die Situation noch unter Kontrolle in Bezug auf das Infektionsgeschehen, obwohl die Fallzahlen schon wieder steigen und die ersten Klassen zu Hause in Quarantäne sind. Der Schulbetrieb wird als „neue Normalität“ empfunden und stellt eine enorme Entlastung von Eltern und Familien dar. Die letzten Monate haben gezeigt, wie sehr wir im Schulbereich vor allem bei der Digitalisierung hinterherhinken. Ein Problem ist die mangelnde Infrastruktur. Es fehlt an Breitbandanschlüssen. Zusätzlich fehlen Endgeräte – und zwar bei Lehrkräften wie Schüler*innen gleichermaßen.

13.000 TABLETS FÜR DEN FERN-UNTERRICHT, BREITBAND UND WLAN

Vor den Sommerferien hat der Gemeinderat beschlossen, 13.000 neue Tablets zu bestellen. Wir gehen davon aus, dass in absehbarer Zeit mit der Verteilung begonnen wird. Die Verteilung richtet sich danach, wie hoch der Anteil der Bonuscard-Empfänger*innen an der jeweiligen Schule ist. Die Schule kann selbst entscheiden, wer ein Tablet erhält. Auf diese Weise wollen wir Schüler*innen, die keine angemessene Ausstattung haben, die Möglichkeit zum Fernunterricht geben. Unklar ist noch, wie mit eigenständig durch die Schulen gekauften Geräten umgegangen wird: Ist es möglich, sie in die Betriebs- und Supportstruktur des Schulverwaltungsamtes einzubinden? Wir fordern, dass dies schnell geklärt und umgesetzt wird.

In Stuttgart verfügen immerhin 106 von 160 Schulen über einen Breitbandanschluss. Eine Verkabelung des Anschlusses in alle Klassenräume gibt es aber nur in 30 Schulen, und auch dann nicht in jedem Klassenzimmer WLAN. Einer der Gründe sind die Rahmenbedingungen „von oben“. Für die Internetanbindung sind grundsätzlich die Schulträger, also die Kommunen, zuständig. Weil der Ausbau aber so teuer ist, gibt es Programme von Land und Bund, um den Prozess zu unterstützen. Für das letzte große Förderpaket, den sogenannten „Digitalpakt“, wurde sogar das Grundgesetz geändert.

Leider sind in diesen Programmen oft die bürokratischen Anforderungen hoch, auch wenn sie wichtig sind. Um Gelder zu erhalten, muss jede einzelne Schule einen aufwendigen Medienentwicklungsplan ausarbeiten. Das fällt den Schulen mit ihren knapp besetzten Lehrerkollegien nicht leicht. Wir werden uns im Schulbeirat dafür einsetzen, dass das Schulverwaltungsamt die Medienentwicklungspläne stärker in den Blick nimmt und auch die Unterstützungsangebote aus dem Landesmedienzentrum genutzt werden.

Wie unsere grüne Kollegin Margit Stumpff im Bundestag richtig sagt: Jede Schule braucht ein technisches Fundament. Breitbandanschluss, WLAN in allen Räumen, genügend Geräte für Lehrkräfte und Schüler*innen sowie Personal, das die Ausstattung betreut. Außerdem braucht es: Mailadressen für alle, datenschutzsichere Cloudlösungen und ein Lernmanagementsystem.

ELLA KOMMT NICHT IN DIE GÄNGE.

Stichwort Lernmanagementsystem – schon 2018 sollte die Bildungsplattform ELLA an den Start gehen. Die Idee: eine gemeinsame Plattform, auf die alle Lehrer*innen in Baden-Württemberg zugreifen und sich miteinander vernetzen können. Aber kurz vor dem angekündigten Start wurde sie wegen massiver technischer Schwierigkeiten gestoppt. Heute, zwei Jahre später, ist sie noch immer nicht verfügbar.

Ein neuerer Plan des Kultusministeriums ist, eine Schulcloud mit Microsoft 365 zu betreiben. Datenschützer und Landeselternbeirat haben Bedenken angemeldet. Für uns Grüne ist klar – moderne Technik ist unverzichtbar, muss aber hohe Datenschutzanforderungen erfüllen.

In den Schulen können größere Baumaßnahmen in der Regel nur während der Sommerferien durchgeführt werden – das schränkt eine schnelle Umsetzung zusätzlich ein. Deshalb werden umfassende Arbeiten in diesem Bereich oft nur möglich, wenn die Schule gerade sowieso grundsanitiert wird. Ja, es ist holprig und mühsam. Wir Grünen werden weiterhin mit Nachdruck an diesem Thema arbeiten und den Druck bei Stadt und Land aufrechterhalten.

Gabriele Nuber-Schöllhammer



Fotos: Redaktion

■ **GRAFFITI IM HBF** | Ganz legal und *der* neue Selfie-Spot in Stuttgart: die „Secret Walls Gallery“ im Bonatzbau! Die Bahn gibt jährlich Millionen aus, um Graffiti zu entfernen. Nun zeigen rund 70 Graffiti-Künstler*innen ihr Können in der Bahnhofshalle, die so zur Kunstausstellung geworden ist – zu sehen, bis die Halle jetzt bald geschlossen wird.

VHS UND CORONA

Schwere Zeiten

■ **DIE VHS HAT SICH NEU AUFSTELLEN MÜSSEN.** | Ab Mitte März ohne Präsenzbetrieb, schrittweise Wiederaufnahme ab Mai mit weithin geltenden Einschränkungen – zunächst konnte die Volkshochschule Stuttgart mit einem guten Online-Angebot punkten. Sie wird künftig aber viel stärker auf eine gute Verknüpfung von Hybrid-Formaten setzen, damit die Kommunikation und das gemeinsame Erleben nicht unter den Tisch fallen, zugleich jedoch die höchstmögliche Sicherheit vor einer Ansteckung gewährleistet ist. Diesen Balanceakt muss die VHS – wie alle anderen öffentlichen Einrichtungen auch – mit guten Hygienekonzepten und klaren Ablaufplänen ganz individuell für sich gestalten, damit sie attraktiv bleibt und ihr die Einnahmen nicht noch mehr wegbrechen. Denn für den Betrieb laufen hohe Fixkosten von rund 0,9 Millionen Euro pro Monat auf. Bisher mussten bereits Einsparungen von 1,6 Millionen Euro vorgenommen werden, die Gesamtaufwendungen wurden um 15 Prozent reduziert. Bleibt, Stand Juli, immer noch ein prognostizierter Verlust von 3,2 Millionen Euro. Die VHS fällt aufgrund ihrer Größe und ihrer kommunalen Struk-

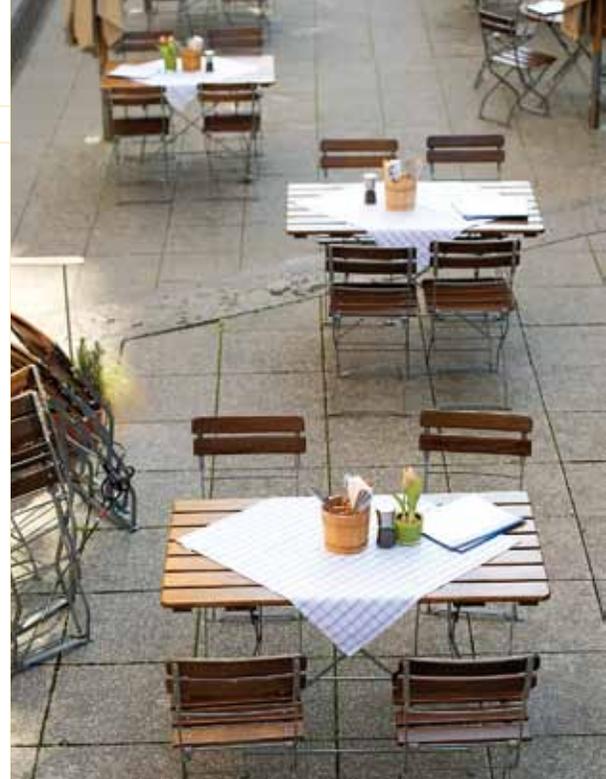
turen nicht unter die Corona-Soforthilfe, den staatlichen Rettungsschirm des Wirtschaftsministeriums für kleine und mittelständische Unternehmen. Deshalb haben wir uns dafür stark gemacht, dass die Stadt ein eigenes Hilfspaket für die VHS schnürt, damit keine Schiefelage entsteht.

Wir konnten erreichen, dass zumindest zwei Millionen Euro von der Landeshauptstadt dafür aufgebracht werden. Ob das Winterhalbjahr wieder mehr Normalität bringen wird, ist mehr als fraglich. Die VHS geht also leider wackelig in die Zukunft, zumal sich die bestehende Raumknappheit wegen Corona-Regelungen weiter verschärft hat.

AN UNSERE LESER*INNEN: | Bleiben Sie „Ihrer“ VHS treu, stürzen Sie sich zum wiederholten Mal/erstmal/mehrfach in das Kursangebot. Erleben Sie selbst, dass Bildung für alle, niederschwellige Qualifizierungsmöglichkeiten, soziale Teilhabe und Diskurs über gesellschaftliche und politische Themen gerade während der Coronakrise unverzichtbar sind und online wie offline Spaß machen! Wir sorgen weiterhin für die städtische Unterstützung unserer VHS.

Silvia Fischer





Entspannt der Auftakt zum Kastellsommer im Juni, angespannt bis heute die Lage in der Gastronomie. Fotos: Lichtgut/Julian Rettig und Leif Piechowski

STADTLIBEN UND CORONA

Stuttgarts urbane Lebensadern bewahren!

Handel, Gastronomie, Kunst und Kultur stärken – für eine lebenswerte Innenstadt!

■ Corona-Pandemie und Lockdown haben ausgeprägte Folgen auf das Leben in unserer Stadt. Der Handel, die Gastronomie und die Kultur- und Veranstaltungsbranche sind hart getroffen von der aktuellen Krise. Insolvenzen und Geschäftsaufgaben sind ein Worst-Case-Szenario für alle Betroffenen, denn sie bedeuten den Verlust des Arbeitsplatzes. Gleichzeitig steht die Lebensader dessen, was Stuttgart auszeichnet – eine belebte, weltoffene und kulturell vielfältige Stadt –, auf dem Spiel. Um die Krise abzumildern, haben Bund und Land umfangreiche Sofortprogramme auf den Weg gebracht. Das war dringend notwendig! Doch Geld allein reicht nicht. Deshalb haben wir uns für unterschiedliche kommunale Hilfsangebote eingesetzt.

FÜR HANDEL ... | Zur Unterstützung des Handels in Stuttgart haben wir eine begrenzte Anzahl an verkaufsoffenen Sonntagen angeregt. Auf diese Weise kehrt ein Stück Normalität zurück, können Arbeitsplätze gesichert und kann die lebenswerte Innenstadt bewahrt werden. Denn wir haben Sorge, dass Leerstand die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt beeinträchtigen könnte und sich internationale Ketten – auf Kosten von individuellen, inhabergeführten Läden – noch stärker in der City breitmachen.

... UND GASTRONOMIE | Um unseren Gastronom*innen unter die Arme zu greifen, haben wir die Verwaltung aufgefordert, gemeinsam mit den Betroffenen kreative Möglichkeiten zur Erweiterung des gastronomischen Angebots zu finden. Mit unserem Zielbeschluss einer lebenswerten Innenstadt und Pilotversuchen wie den Parklets, aber auch Initiativen zu Außergastronomie auf Parkplätzen hat der Gemeinderat seinen Willen zum Ausdruck gebracht, die Stadt lebenswerter zu machen. Eine kurzfristige Genehmigung von mehr außergastronomischen Flächen hilft der Stadt jetzt, den Status quo zu sichern und nicht zu riskieren, belebte Flächen aufgrund von Pleiten und Insolvenzen zu verlieren. Und damit auch in den Wintermonaten mehr Menschen das gastronomische Angebot in der Stadt annehmen, haben wir – auch wenn es uns schwerfällt – zugestimmt, dass das in Stuttgart geltende Heizpilsverbot einmalig ausgesetzt wird.

FÜR KUNST UND KULTUR | Kunst und Kultur sind für uns zentrale Bestandteile des städtischen Lebens. Leider hat auch hier die Corona-Pandemie hart zugeschlagen, Existenzen stehen auf dem Spiel. Für uns ist der Erhalt der Vielfalt der kulturellen Orte und der Veranstalter von besonderer Bedeutung, weil sie wichtige gesellschaftspolitische Impulse geben und zum Diskurs über die Fragen unserer Zeit beitragen. Für die institutionell geförderten Kultureinrichtungen haben wir schon vor Ostern einen ersten

wichtigen Schritt getan und weitreichende Beschlüsse von der Auszahlung von Fördergeldern als Soforthilfe bis hin zu Mietstundungen und zusätzlichen Unterstützungsleistungen gefasst und schnelle und unbürokratische Hilfe und ein Finanzierungskonzept bei der Stadt eingefordert.

Auch die nicht städtisch geförderten Kultureinrichtungen – Clubs, Spielstätten, Veranstaltungsbetriebe – und das breitgefächerte, attraktive Stuttgarter Kulturleben haben wir im Blick. In dem von uns initiierten interfraktionellen Antrag „Kulturelle Infrastruktur absichern“ haben wir schon im April ein kommunales Hilfsangebot eingefordert.

Mit unseren Zielbeschlüssen zur lebenswerten Innenstadt schaffen wir Zug um Zug mehr Räume, die zum Leben in der Stadt einladen. Aber auch wir wissen: Kultur, die großen Feste von CSD, Trickfilmfestival oder Sommerfestival der Kulturen bis Weindorf, die Clubszene, der Wasen, dazu Handel und Gastronomie sind Garanten für eine belebte und lebenswerte Stadt.

Deshalb ist es für uns besonders wichtig, mit diesen Gruppen in ständigem Austausch zu sein. Im April haben wir Vertreter*innen dieser verschiedensten Bereiche zu Videokonferenzen eingeladen. Ausdrücklich gilt mein Dank den Zusammenschlüssen von Handel, Gastronomie, Festen und Kultur, die den Austausch weiter organisieren und die immer wieder Ideen entwickeln, die es jetzt dringend braucht.

Andreas Winter

Stuttgarter Sportfamilie: solidarisch in der Krise

Der Corona-Lockdown hat die Sportler*innen schwer und unmittelbar getroffen. Die Stuttgarter Sportfamilie hat wenig gejammert und mit großem Engagement gerade in der Krise gezeigt, wie wertvoll die soziale und integrierende gesellschaftliche Kraft des Sports für unser Gemeinwesen ist. Gerade die Ehrenamtlichen in den Sportvereinen haben im Lockdown besonders schnell Nachbarschaftshilfe organisiert oder einfach angepackt und das Vereinsheim gestrichen.

Natürlich hat Corona auch die oft ehrenamtlich getragenen Sportvereine in finanzielle Nöte gebracht, die durch die staatlichen Instrumente (Soforthilfe, Kurzarbeit) nur sehr begrenzt aufgefangen werden konnten: Die Vereinsheime waren zu, die Pacht läuft aber weiter. Es gibt keine Zuschauereinnahmen, aber die laufenden Kosten für den Betrieb bleiben. Mitglieder wollen Beiträge oder bezahlte Kursgebühren zurück (hier waren die Stuttgarter*innen allerdings sehr solidarisch!), neue Mitglieder treten nicht ein.

SPORTVEREINE BEKOMMEN FINANZHILFE VON DER STADT. | Im Gemeinderat haben wir zwei Millionen Euro bereitgestellt, um die Sportvereine zu unterstützen:

- eine Million Euro strukturelle Hilfe – pauschal sieben Euro pro Mitglied an alle Stuttgarter Sportvereine, um schnell und unbürokratisch zu helfen,
- eine Million Euro existenzielle Hilfe – für in schwere finanzielle Nöte geratene Vereine auf Antrag, insbesondere Bundesligisten (außer VfB), deren Etats naturgemäß immer extrem eng geschnürt sind.

TOLLE ANGEBOTE MIT „STUTT GART BEWEGT SICH“ – ABER SICHER! |

Für uns Grüne war klar: Den Sportbetrieb einstellen und abwarten, bis das Virus weggeimpft wird, ist keine gute Lösung. Deshalb haben wir zügig einen Antrag gestellt, um sicheren Sport und sichere Bewegung in der Pandemie zu ermöglichen. Klasse, dass die Sportverwaltung vieles davon geprüft, vorbereitet und sobald es die Verordnungen des Landes ermöglicht haben, auch umgesetzt hat.

Mit dem Angebot „Stuttgart bewegt sich“ wurden private Sportanlagen für die Stuttgarter*innen freigegeben, damit sie sich im Rahmen offener Vereinsangebote, mit Abstand und sicher fit halten können. Egal ob Fitness, Beachvolleyball oder Capoeira, die Vereine haben trotz der schweren Zeit ihre Anlagen und Anleiter*innen solidarisch zur Verfügung gestellt und gemeinsam mit der Sportverwaltung in der Pandemie ein tolles Angebot ermöglicht.

„GEISTERSPIELE“ NICHT NUR IN DER BUNDESLIGA – DER VfB HILFT BEIM HYGIENEKONZEPT! |

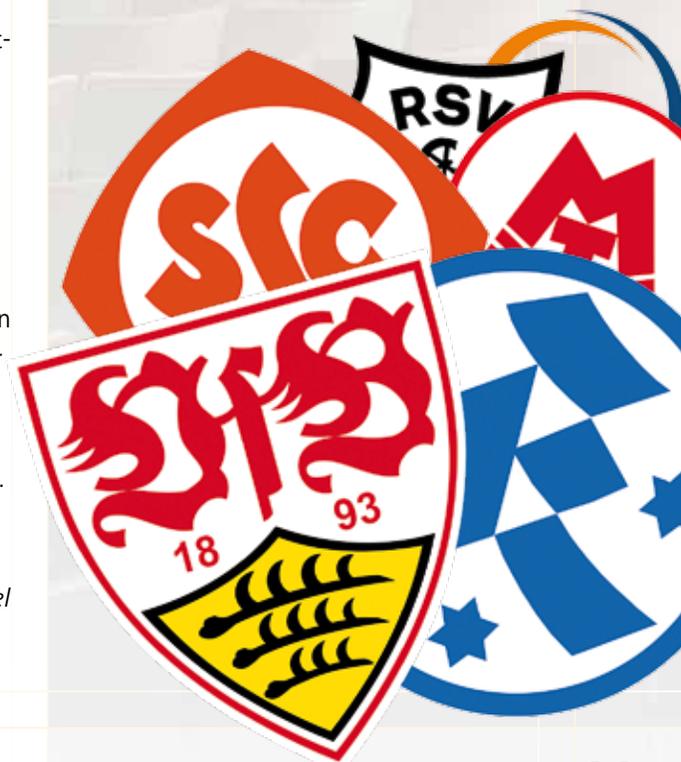
Noch mitten im Lockdown wurde eine engagierte Debatte um die vorzeitige Wiederaufnahme des Betriebs der Fußball-Bundesligen der Herren geführt. Spiele ohne Zuschauer*innen, sogenannte Geisterspiele, wurden auf Grundlage des aufwendig von der Deutschen Fußballliga (DFL) entwickelten Hygienekonzepts erlaubt. Wir sind der Überzeugung, dass diese Möglichkeit allen Stuttgarter Sportler*innen eröffnet werden sollte. Schließlich sind in die Ausarbeitung des Profi-Hygienekonzepts viele öffentliche Mittel in Form von behördlichen Arbeitsstunden eingeflossen.

Auf unseren Antrag hin sagte ein Vertreter des VfB Stuttgart im Sportausschuss zu, die Erfahrungen aus dem Corona-Betrieb anderen Stuttgarter Sportvereinen für die Wiederaufnahme von Trainings- und Wettkampfbetrieb zur Verfügung zu stellen und sie bei der Ausarbeitung des individuellen Hygienekonzepts zu unterstützen. Ein tolles Zeichen: In der Krise hält die Stuttgarter Sportfamilie zusammen.

An einen normalen Wettkampfbetrieb mit weiten Reisen und vielen Zuschauer*innen ist weiterhin nicht zu denken. Zuschauer- und Hygieneauflagen machen den Betrieb teurer und unter Umständen unwirtschaftlich. Auch das Einhalten der Abstandsregeln in geschlossenen Räumen lässt viel weniger Sportler*innen an Angeboten, Kursen und Trainings teilnehmen. Dadurch fehlt es an kostendeckenden Beiträgen und Gebühren. Aber unsere Sportvereine werden die Krise meistern. Wir stehen an ihrer Seite.

Florian Pitschel

Mehr als 255.000 Stuttgarter*innen sind in über 300 Stuttgarter Sportvereinen organisiert. Trainings- und Wettkampfbetrieb wurden abrupt ausgesetzt, sportliche Aktivität war nur noch individuell im Freien möglich. Etliche Vereine gerieten schwer ins Schlingern. Dagegen gibt es schon einen Impfstoff: her mit der Finanzspritze! Doch mehr Geld ist nur die eine Seite der Medaille.





Das Mineralbad Berg in neuem Glanz.
Foto: Stadt Stuttgart/Thomas Niedermüller



AUS DEN BEZIRKEN:
S-OST

Tradition trifft Zukunft

MINERALBAD BERG: SEIT 5. OKTOBER WIEDER OFFEN!

2011 war die Zukunft des Mineralbads Berg im Ungewissen. Klar war nur, es muss grundlegend modernisiert werden. Wir Grünen im Stuttgarter Rathaus haben uns immer dafür stark gemacht, dass dieses Bad, ein Teil des Dreiklangs der Mineralbäder (Leuze, Bad Cannstatt, Berg) erhalten und ertüchtigt werden muss, und zwar als Ganzjahresbad. Der Kampf hat sich gelohnt. Die Sanierung wurde schließlich beschlossen, sie ist jetzt vollendet. Damals habe ich eine ganz persönliche Liebeserklärung an das Bad geschrieben. Vielleicht macht sie Lust auf einen Besuch:

„Das Nass ist kalt, kostet kurz Überwindung, nach drei Bahnen kommt das Wohlbefinden wieder. Nebelschwaden, Wasser von oben und unten, ein regnerischer Novembervormittag in Stuttgart. Ich ziehe meine Bahnen, unbeirrt von plötzlich neben mir auftauchenden Mitmenschen. Man nickt sich zu, trifft sich an der Tränke in der Mitte des Wassers, nimmt ein Maul voll, schwimmt weiter und genießt. Kurz reiht sich eine Ente ein. Die eine Bahn: Blick auf die abgeblühten Blumenstöcke, auf die Wiese, den stillen Kiosk und die schon kahlen Bäume. Die andere Bahn: Blick auf die Umkleiden, die im Sommer mit Leben gefüllt sind und in denen noch immer Garderobieren in jedem Stockwerk Dienst tun für die Robe, ein bisschen wie im Theater. Der Blick fällt auf die Waage, die seit Jahrzehnten einsam draußen steht und unbeirrt jedes Kilo an-

zeigt. Ein Gang in die Dusche, kalt, wirklich kalt mit Seilzug, dann warm und ein Raum weiter noch wärmer. Zauberberg nennen manche Bergianer ihr Berg, aber nichts ist zu spüren von dem morbiden Charme des Lungensanatoriums bei Thomas Mann. Gesund sehen sie aus, nach der heißen Dusche. Noch einmal kurz ins Becken, diesmal innen, es prickelt noch mehr. Dann wieder in die Kleider, die Badehose kurz in die alte Schleuder gesteckt, eine Butterbrezel und die Tasse Kaffee in der schmucklosen Cafeteria und zurück in den Alltag.

Szenenwechsel. Ein Nachmittag im Juli, die Wiese bunt von Menschen, Laub auf den Bäumen und Blüten in den Sträuchern. Auch jetzt trifft man Bekannte, plaudert oben am Kiosk, badet vergnügt, liest in Ruhe auf den Pritschen im Buch. Die Ganzjahresstammgäste mischen sich mit den Sommergästen, schwäbisch liberal der Tenor. Honoratioren, Geschäftsleute, Studenten, ein wenig Milieu und mancher Einzelgänger. Man ist stolz auf diese Liberalität, und da passt es, dass einschlägige Fremdenführer das Berg schon vor dreißig Jahren als gay friendly einstufen. Und faszinierend noch heute: Obwohl es voll ist, strahlt das Berg Ruhe aus. Ein paar Stunden später, die letzten Gäste genießen die besondere Stimmung des beginnenden Abends, quäken die Lautsprecher damals wie heute das Abschiedslied.“

Andreas Winter



S-WEST

Freie Bahn für Fußgänger*innen!

RECHTECKE SORGEN FÜR FREIE GEH- WEGE: WEITERER SCHRITT IN RICHTUNG FUSSGÄNGERFREUNDLICHER WESTEN.

Zugeparkt von Autos, deren Parkschein-automaten und Ladesäulen sich ebenfalls auf dem Gehweg breitmachen – wer zu Fuß geht, dem wird es gerade im dicht bebauten Stuttgarter Westen nicht immer leicht gemacht. Wir Grünen setzen uns für eine bessere Infrastruktur für Fußgänger*innen ein.

Vor zehn Jahren wurde das Parkraummanagement für den Westen beschlossen. Das erfolgreiche Konzept wurde inzwischen auf viele andere Stadtteile ausgeweitet. Leider hat man die Parkscheinautomaten damals zum Teil an sehr ungünstigen Stellen aufgestellt. Auf den Gehwegen wird es eng für Menschen, vor allem mit Kinderwagen oder Rollstuhl. Im Zuge der Erneuerung der Parkscheinautomaten wollen wir nun diesen Missstand beseitigen.

Wir fordern für den Westen 20 neue „Stuttgarter Rechtecke“, die an Gehwegnasen errichtet werden sollen. Hierzu haben wir im Doppelhaushalt 2020/21 Mittel für die Planung und die Umsetzung eingestellt. In den Rechtecken ist neben den Parkscheinautomaten Platz für Sitzgelegenheiten, Ladesäulen oder Fahrradabstellplätze. **DER (GEH-) WEG WIRD FREI FÜR DIE VERKEHRSWENDE IM STUTTGARTER WESTEN!**

Benjamin Boy





UNTERTÜRKHEIM

Sängerhalle zukunftsfit machen

SIE IST UNSERE STADTHALLE UND MUSS ENDLICH SANIERT WERDEN. AUCH WENN MEHR GELD DAFÜR NÖTIG IST. |

Die Sängerhalle im Untertürkheimer Lindenschulviertel erfüllt die Funktion einer Stadthalle für alle oberen Neckarvororte. Sie ist Dreh- und Angelpunkt des gemeinschaftlichen Kultur- und Vereinslebens. Hallen mit vergleichbarem Konzept und ähnlicher Größe sucht man weit und breit vergeblich. Hier treffen sich Vereine, proben Musiker*innen, finden Konzerte, Versammlungen, Hochzeiten statt und vieles mehr. Historisch interessant: Einst hat der Süddeutsche Rundfunk hier Konzertaufnahmen gemacht.

Die Halle ist dringend sanierungsbedürftig. Während des Corona-Lockdowns offenbarte sich leider, dass der Sanierungsbedarf viel akuter und umfassender ist, als bislang veranschlagt. Eine Sanierung solcher Größenordnung zu stemmen, ist außerhalb des geregelten kommunalen Haushaltsverfahrens eine Herausforderung, der wir uns aber – um die Bedeutung der Halle am Standort wissend – stellen.

125.000 Euro stehen seit dem Haushalt 2018/19 für die Sanierung der Küche zur Verfügung. Das Geld wurde nicht abgerufen, da der festgestellte höhere Sanierungsbedarf ein abgestimmtes Vorgehen erforderlich macht. Deshalb haben wir diese Mittel umgewidmet, um die tatsächlich notwendigen Sanierungsmaßnahmen für einen zukunftssicheren Weiterbetrieb zu begutachten. Im Idealfall lässt sich kurzfristig das Nötigste beheben, um die laufenden Betriebskosten aufzufangen. Wir warten jetzt gespannt auf die Ergebnisse des Sanierungsgutachtens und hoffen, dass die zu erwartenden finanziellen, zeitlichen und baulichen Belastungen glimpflicher ausfallen, als unsere erste Schätzungen befürchten lassen. Für diese wichtige Einrichtung für das Gemeinwesen in den Neckarvororten sind wir auch bereit, außerhalb der Haushaltssatzung städtische Zuschüsse zu ermöglichen.

Florian Pitschel



Bismarckplatz im Stuttgarter Westen, bald mit Tempo 30 rundum. Foto: Redaktion



S-WEST

365 Tage Bezirksvorsteher ...

... BESTANDSAUFNAHME UND AUSBLICK! WAS GIBT'S NEUES IM WESTEN? |

Kommunalpolitik ist Bohren dicker Bretter – und trotz Corona ist dieses Jahr im Westen viel auf den Weg gebracht oder abgeschlossen worden. Hier ein paar Beispiele.

Die Sanierung des Uferbereichs am Feuersee ist abgeschlossen. Die Aufenthaltsqualität hat sich enorm verbessert, was die Bürger*innen sehr zu schätzen wissen – erst recht in Corona-Zeiten! Allerdings führt der große Zuspruch auch zu Interessenkonflikten und Beschwerden. Zusammen mit dem Bezirksbeirat, der mobilen Jugendarbeit, dem Jugendamt und der Polizei suche ich nach Lösungsansätzen für dieses Spannungsfeld. Bei der Umgestaltung des Feuersees wurde erstmals im Westen ein unterirdischer Altglascontainer installiert. Das Ergebnis: weniger Lärm, weniger Schmutz und eine schönere Aussicht auf den Feuersee. Die Arbeiten am Außengelände des Olgaareals haben begonnen. „Stuttgarter Rechtecke“ werden als Pilot umgesetzt.

WORAUF WARTET DER WESTEN? |

Auf die Einweihung der neuen Verkehrsschule im Bereich Vogelsang – eine never ending story! Verkehrsversuch am Bismarckplatz. Hierbei soll auf dem gesamten Platz Tempo 30 gelten und die Verkehrsführung geändert werden. Eine wichtige Etappe auf dem Weg zur Neugestaltung des Platzes. Im Westen gibt es ein starkes Interesse an öffentlichen Fahrradgaragen. Die Verwaltung,

der Bezirksbeirat und interessierte Bürger*innen haben intensiv und nicht immer spannungsfrei an einem Konzept gearbeitet, nun warten wir auf die Umsetzung. Mehr Bäume in die Forststraße – diese Anregung von Bürger*innen aus dem Stadtteil wird vom Bezirksbeirat unterstützt. Auch hier sind wir nun aufs Umsetzen gespannt.

EBENFALLS IN DER MACHE: |

Schul-Campus West, bestehend aus einer Grund- und Realschule mit neuen Sporthallen, Kantine und einem Kindergarten an der Ecke Schwab-/Bebelstraße. Neugestaltung des öffentlichen Stadtraums unter dem Schlagwort „Superblock“. Hier engagiert sich der gesamte Bezirksbeirat sowie weitere Gruppen wie VCD, ADFC und Greenpeace.

Im Bereich des Hasenbergs soll der öffentliche Raum neu strukturiert und als Naherholungsgebiet für den Süden und Westen attraktiver gemacht werden.

Ohne die Unterstützung der Grünen im Bezirksbeirat und Gemeinderat sowie „unserer“ Bürgermeister*innen Alexandra Sußmann und Peter Pätzold wären wir im Westen nicht so weit. Euch gilt mein ganz besonderer Dank! Dicke Bretter bohren ist zwar an-



strengend, aber gemeinsam klappt das erheblich besser als alleine!
Bernhard Mellert,
Bezirksvorsteher Stuttgart-West





S-OST

BAD CANNSTATT

Sanierungsgebiet Stöckach

■ EIN BEISPIEL FÜR PARTIZIPATIVE STADTENTWICKLUNG | Wir brauchen eine Stadt der kurzen Wege und lebendige Quartiere, die allen eine echte gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen – von Nahversorgung bis Freiflächen, von kulturellen bis sozialen Angeboten. Unser Zusammenleben, das, was unsere Stadt ausmacht, hängt stark davon ab, wie wir unsere Stadtteile, unsere Quartiere gestalten. Wir Grünen setzen auf niederschwellige, dezentrale Lösungen und auf partizipative und generationenübergreifende Ansätze.

SANIERUNG ALS CHANCE – AUCH DER BÜRGER*INNENBETEILIGUNG | Sanierungsgebiete bieten eine gute Möglichkeit, die Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Stadtteilen und Quartieren zu verbessern, mehr Grün und Aufenthaltsqualität bei den öffentlichen Räumen zu erreichen, das Wegenetz für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen zu optimieren, die soziale Infrastruktur auszubauen und die Bausubstanz energetisch zu sanieren. Partizipativ unter Beteiligung der Einwohner*innen. Ein gutes Beispiel dafür ist das Sanierungsgebiet Stuttgart 29, vom Stöckachplatz bis zum SWR und über den Heilandsplatz zur Villa Berg. Die Gemeinwesenarbeit im Stadtteil und der Stöckachtreff begleitet das Sanierungsgebiet seit Beginn intensiv. Dort wurden neue Beteiligungsformen mit Pilotcharakter erprobt.

Das wichtigste Projekt im Sanierungsgebiet Stöckach ist die Umgestaltung des Stöckachplatzes und die Neubebauung des Areals der ehemaligen Hauswirtschaftlichen Schule. Entsprechend groß war und ist das Engagement der Stadt und der Bürger*innen. Die Ergebnisse der umfangreichen Bürger*innenbeteiligung sind in den Wettbewerb eingeflossen und können nun berücksichtigt werden. Auch konnten wir erreichen, dass dieses wichtige Projekt von der städtischen Wohnungsgesellschaft SWSG übernommen wurde. So ist der städtische Einfluss weiterhin sichergestellt – und auch die weitere Einbeziehung der Bürger*innenbeteiligung. Wir freuen uns, dass auf dieser Basis weiter intensiv diskutiert werden kann, bis hin zur ansprechenden Gestaltung der Fassade. Schließlich ist hier *das* Tor zum Stöckach.

Nun steht der Abriss und Neubau in Kürze bevor. Neben rund 40 Wohnungen (die Hälfte gefördert, ein Viertel barrierefrei), einem vollstationären Wohnangebot für Schwerstmehrfachbehinderte und einer dreigruppigen Kindertagesstätte soll ein Stadtteil- und Familienzentrum entstehen, in dem die Gemeinwesenarbeit ihre neue Heimat findet. Für die Ladenfläche im Erdgeschoss wird ein Ankermieter gesucht.

DER NEUE STÖCKACHPLATZ: GRÜNER UND FÜR FUSSGÄNGER*INNEN UND RADFAHRENDE OPTIMIERT | Da auf dem Gelände anstelle des jetzigen Baublocks mehrere Gebäude entstehen sollen, kann der Platz nach hinten erweitert und die wichtige Frischluftschneise gesichert werden, ebenso die Durchwegung vom Stöckachplatz bis zur Landhausstraße. Auch der Hang wird umgestaltet, es entstehen öffentliche Grünflächen und ein Urban Gardening-Projekt. Der Platz wird grüner, mit mehr Aufenthaltsqualität. Ein Zusammenlegen der Fahrbahnen von Schiene und Straße, durch die der Platz hätte erweitert werden können, würde den Betrieb der SSB allerdings so stark beeinträchtigen, dass diese Möglichkeit leider ausgeschlossen werden musste. Doch der Verkehrsraum muss unbedingt für Fußgänger*innen und Radfahrende optimiert werden.

■ CRANKO-SCHULE UND -STIFTUNG
Ende Juni war der Neubau der renommierten Stuttgarter John-Cranko-Ballettschule nach gut fünf Jahren Bauzeit fertig. Auf ca. 6.100 Quadratmetern und zehn treppenartig gestaffelten Etagen sind eine Probephöhne, ein Internat für 80 Schüler*innen sowie acht Ballettsäle, Schulräume und ein Gesundheitszentrum untergebracht. Insgesamt gibt es Platz für 150 Schüler*innen. Wir haben uns von Anfang an für den Neubau der Schule starkgemacht, denn ohne sie hätten wir unser weltberühmtes Stuttgarter Ballett nicht! Umso mehr freuen wir uns, dass bei der Eröffnung die Gründung der John-Cranko-Stiftung verkündet wurde. Ihre Einnahmen fließen komplett in die Schule und sollen Crankos Werk erhalten und fördern.

Aber auch an anderer Stelle g... So wurde der Eingang zum Park über u... Ostendstraße neu gestaltet, und in Zusammenarbeit von der Gemeinwesenarbeit und dem Amt für Stadtplanung wird bei dem Projekt Bürgerwerkstatt Metzstraße diskutiert und neu gedacht, wie der öffentliche Raum grüner und menschengerechter gestaltet werden kann. Leider kommen bei wichtigen Themen wie der Begrünung von Fassaden und der Umgestaltung des Straßenraums bislang bei anderen Ämtern noch die Bedenken vor der Innovationsfreude.

DIE STADT HAT IHR VORKAUFRECHT GENUTZT. | Aber man muss alle Möglichkeiten nutzen, um die Ziele der Sanierungsgebiete sicherzustellen. So sollte ein großes Gebäude in der Hackstraße, mitten im Sanierungsgebiet, verkauft werden. „Dein Theater“ und andere Mieter aus dem Kultur- und Bildungsbereich befürchteten die Kündigung. Mit einem interfraktionellen Antrag konnten wir erreichen, dass die Stadt ihr Vorkaufsrecht wahrgenommen hat. So kann



die Nutzungsmischung erhalten werden – eines der Ziele des Sanierungsgebiets Stöckach.
Petra Rühle





MÖHRINGEN

Garnisonsschützenhaus blüht auf

AUF DER DORNHALDE: FÜHRUNGEN, AUSSTELLUNGEN, EIN NATURKLASSENZIMMER ...

Bei den Haushaltsberatungen vor drei Jahren haben wir Grünen dafür gekämpft, dass die beiden auffallenden, stadtbildprägenden Häuser und der Schuppen am beliebten Blaustrümpflerweg zwischen Heslach und Degerloch nicht verkauft werden, und haben Geld für die nötige Sanierung bereitgestellt. Der Verein „Garnisonsschützenhaus – Raum für Stille“ hat sofort begonnen, das Gelände zu beleben: Er hat einen wunderbaren Garten für Wildbienen angelegt und in jedem Sommer Ausstellungen im Schuppen organisiert, bei denen es neben der Geschichte des Schießplatzes um Wildbienen, Bäume, aber auch um naturnahe Grabanlagen und Friedhofskultur ging. In diesem Sommer waren Hölderlin und Hegel Thema. Tausende Menschen sind über das Gelände geschlendert und haben an Führungen über den Dornhaldenfriedhof teilgenommen. Viele Kinder haben im Naturklassenzimmer etwas über Vögel, Insekten und Bäume gelernt.

Das Garnisonsschützenhaus mit der Kantine und dem Wachhaus steht zugleich für eine in Stuttgart wenig erforschte Geschichte des Militarismus. Denn was heute Friedhof ist, war über fast hundert Jahre ein Schießplatz, wo schließlich von den Nationalsozialisten auch Menschen hingerichtet wurden. Deren Namen und Schicksale arbeitet der Verein mit großem privaten Engagement erfolgreich auf.

... UND RÄUME FÜR KULTUR | In diesem Frühjahr ist nun der Schuppen von der Stadt renoviert worden. Nun müssen die Häuser in Angriff genommen werden. Der Verein möchte hier künftig Kulturveranstaltungen und Kultureinrichtungen eine Herberge geben und damit diesen wunderbaren Ort zwischen Friedhof und Wald der Stuttgarter Bürgerschaft zurückgeben und für sie erhalten.

Christine Lehmann

Stimmungstief. Foto: Lichtgut/Leif Piechowski



S-MITTE

Persönliches Stimmungsbild aus Mitte

DIE WELT HAT SICH VERÄNDERT. STUTTGART HAT SICH VERÄNDERT. ICH HABE MICH VERÄNDERT. | Frühjahr 2020: unwirklich wie in einem Science Fiction – so still, nur die Vögel sind laut, der Himmel: blau. Keine Flugzeuge, kaum Autos, die Fußgängerzonen: leer. Die Stadt ist stumm, die Natur erwacht. Sichtbar wird die Gefahr durch rot-weiße Bänder, die Spielplätze absperren – ein Anblick, der mehr als befremdet. Am Katharinenhospital Menschen in Schutzkleidung. Der Hinweis, wie der Müll von Infizierten zu entsorgen ist. Gegenüber der mobile Pflegedienst – eine Mammutaufgabe

auch hier. Familien mit Kindern – manche Eltern haben wenigstens einen Balkon ... Die Stadt steht still und schweiget. Geschäfte: zu. Cafés: zu. Restaurants, Clubs, Bars: zu. Nur Lebensmittelläden, Drogeriemärkte und Apotheken ermöglichen öffentliches Leben. Es gibt keine Ausgangssperre. Hunde müssen raus, Menschen auch. Der Schlossgarten proppevoll, als würde sich die gesamte Stadt hier treffen. Viele sind rücksichtsvoll und bemühen sich, auszuweichen, Abstand zu halten. Andere nicht. Engpässe wie der Steg vom Mittleren zum Unteren Schlossgarten werden zur Mutprobe.

Jugendliche gehen in ihre Ecken, heißt es. Dann Eskalation am Eckensee. Sommer 2020, als wäre nichts gewesen, und als wäre da nicht noch etwas: die Königsstraße voll, die Cafés prall gefüllt. Riesig die Sehnsucht nach Normalität. Feiern, umarmen, das Leben genießen – no risk, no fun? Der flirrende Sound, das Gewimmel der Großstadt, die Urbanität, die ich immer so geliebt hatte – jetzt erscheint alles in einem anderen Licht.

Doch die Kreativität und Anpassungsfähigkeit der Menschen ist enorm: Corona-Edition von „Stuttgart am Meer“ beim Stadtpalais, Sommerfestival auf dem Züblin-Parkhaus, so viele weitere fantastische Angebote in Mitte. Respekt – ich ziehe meinen Hut vor der unbezähmbaren Energie dieser Stadt! Stuttgart hat sich verändert. Die Zuversicht bleibt.

Raphaela Ciblis



Foto: Max Kovalenko





Villa Berg. Foto: Redaktion



Ein neuer Platz im Westen

DER DIAKONISSENPLATZ WIRD ZUR GRÜNEN OASE. | Gestrüpp, Maschendrahtzaun – wer derzeit auf den Diakonissenplatz schaut, kann sich kaum vorstellen, dass hier in den nächsten Jahren ein großzügiger, öffentlich zugänglicher Platz zum Verweilen entstehen wird. Die Mittel für die Umgestaltung des Diakonissenplatzes wurden im Haushalt 2020/21 beschlossen. Die grünen Fraktionen in Gemeinderat und Bezirksbeirat sowie der ehemalige Bezirksvorsteher Reinhard Möhrle setzen sich seit Jahren für diese neue grüne Oase im Westen ein. Die Pläne für die Umgestaltung des Landschaftsarchitekten Tobias Mann sind mehr als vielversprechend. Die ersten Arbeiten können beginnen, sobald die Jugendverkehrsschule, die den Platz bislang nutzt, an den hinteren Vogelsang verlegt ist.

Nicht nur „oben“ wird das Areal neuen Raum für die Anwohner*innen bieten. Unter dem Platz befindet sich der Diakonissenbunker. Das u-förmige Bauwerk hat nach dem Zweiten Weltkrieg schon unterschiedliche Nachnutzungen erfahren; u.a. wurde der Bunker zum Atomschutzbunker umgebaut, um im Krisenfall die Stadt von hier aus zu koordinieren.

UND IM DIAKONISSENBUNKER: PROBERÄUME! | Im August haben sich Fraktionsvorsitzende, Betreuungsstadtrat und Bezirksbeirat*innen selbst ein Bild gemacht. Dank des Vereins Kultdiak Stuttgart e. V., der sich für eine Nachnutzung des Bunkers starkmacht, haben wir eine eindrucksvolle Führung bekommen. Noch steckt dem Bunker die bedrückende Vergangenheit in den Mauern, aber wir unterstützen die Überlegungen der friedlichen Nutzung für kulturelle Zwecke. Wir sehen hier Potenzial auch für dringend benötigte Proberäume für Musiker*innen. Proberäume sind nicht nur im Stuttgarter Westen Mangelware – hier könnte in der Zukunft ein spannender Ort entstehen. Wir wollen diesen Prozess in den nächsten Monaten aktiv mitgestalten. Vielleicht erleben wir auch „unten“ eine positive Überraschung.

Benjamin Boy und Bernhard Mellert



Das Märchen der Villa Berg

DIE VILLA BERG IM DORNRÖSCHENSCHLAF. WAS LANGE WÄHRT, ... |

Sommerfrische fürs Prinzenpaar, die erste städtische Galerie, Sendestudio und Konzertsaal des SWR und dann – wurde sie vom SWR nicht mehr gebraucht und ging in die Hände privater Investoren über, die sich hochpreisigen Wohnungsbau an dieser Stelle erhofften. Die Villa versank in einen Dornröschenschlaf und verfiel zusehends. Doch so konnte es nicht bleiben – schließlich ist die Villa (wie auch Schloss Rosenstein, Grabkapelle oder Wilhelmspalais) einer von sieben königlichen Wohnsitzen und eine einzigartige Sehenswürdigkeit Stuttgarts. Bezirksbeirat und Gemeinderat*innen forderten Villa und Park zurück. Und die schöne alte Villa, verriegelt und unzugänglich in ihrem Schlaf, weckte auch die Neugier vieler Stuttgarter*innen. Von Occupy Villa Berg über die Berger Bürger bis zur Projektgruppe Villa Berg: Über Jahre haben sich zahlreiche Bürger*innen engagiert und Informationen zur Villa zusammengetragen, Ideen entwickelt, sich Villa und Park erschlossen und angeeignet. Und auch bei unserem OB stand die Villa immer ganz oben auf der Agenda.

2015 konnte die Stadt schließlich die Villa und auch das Gelände der ehemaligen Sendestudios zurückkaufen. Und statt von vorneherein festzulegen, was dort einmal stattfinden soll, wurden die Bürger*innen vor Ort in umfassenden Verfahren beteiligt, ein Plan für die Zukunft entstand.

... WIRD ENDLICH GUT: | Jetzt stehen wir endlich vor dem letzten Schritt – der Umbau beginnt, das künftige Programm wird entwickelt. Dank des gemeinsamen langjährigen Einsatzes können wir nun sagen: Was lange währt, wird endlich gut! Das Kleinod im Osten der Stadt wird zu einem Haus für „Musik und Mehr“, in städtischer Trägerschaft, analog zum Stadtpalais. Dafür wird die Villa saniert und behutsam für die künftige Nutzung umgebaut, und das Gelände der ehemaligen Sendestudios wird wieder zu einem Park für alle Stuttgarter*innen.

Damit die Bürger*innenbeteiligung nicht an dieser Stelle aufhört, soll ein Beirat oder ein Kuratorium gegründet werden, in dem Stadt und Verwaltung vertreten sind, aber auch die Nutzer*innen, kulturellen Initiativen und Bürger*innen vor Ort sich weiterhin einbringen und an der Ausgestaltung mitwirken können. So wird die Villa mit der Zeit ihren eigenen Charakter, ihre ganz eigene Identität finden können, ein Haus der Musik, der Kunst, aber auch der Begegnung, des Austauschs und der Diskussion werden dürfen. Bis die Sanierung ganz abgeschlossen ist, wird es mindestens 2025 werden – aber in der Umbauphase werden bereits Veranstaltungen stattfinden, was wir sehr begrüßen. Eine große Investition, aber ein noch viel größerer Gewinn für unsere Stadt.

Petra Rühle



S-MITTE/SÜD

Feuerwehr und Alternativkultur

■ ÖSTERREICHISCHER PLATZ: EINER FÜR ALLES | Der Platz unter der Paulinenbrücke ist im ständigen Wandel. Schon 2021 wird die Fläche, die in den letzten Jahren vom Stadtlücken e. V. bespielt wurde, für eine Interimsfeuerwache hergerichtet. Schon lange suchte die Stadt einen Ausweichort für die Feuerwache 1, am Österreichischen Platz ist sie fündig geworden. Geplant ist, die Wache spätestens 2025 in Betrieb zu nehmen. Das macht den Stadtlücken natürlich zunächst einen Strich durch die Rechnung. Die Verwaltung und auch wir als grüne Fraktion sind in Kontakt mit den Aktiven und wollen die Koexistenz mit der Feuerwehr zum Erfolg führen. Denn die Stadtlücken waren es, die diesen Unort zu einem Ort gemacht haben.

WIRD JETZT ALLES ANDERS? | Zumindest ein bisschen. Ab nächstem Jahr werden Stadtlücken und Contain't weiter nach hinten rutschen, in das Rondell, das bisher als Parkplatz diente. Im letzten Doppelhaushalt haben wir die Rekordsumme von 1,65 Millionen Euro in die Hand genommen, um das Experiment im öffentlichen Raum zu fördern. In einer ersten Tranche erhalten die zwei Vereine jetzt Geld, um mit der Arbeit fortzufahren. Zugleich müssen zügig Brandschutzbestimmungen und Fluchtwege geprüft werden, um sicherzustellen, dass im sogenannten Elefantenklo schon bald gearbeitet, ausgestellt und experimentiert werden kann. Auch sollen dort Bands in Containern proben können oder Coworking-Plätze für Kreative bereitgestellt werden. Ob eine Gastronomie Platz findet, wird eine noch zu gründende Trägerschaft entscheiden. Im Vorfeld wurde bereits eine Stelle für die Sozialarbeit unter der Brücke besetzt. Denn was wir keinesfalls wollen, ist eine Vertreibung der ansässigen Obdachlosenszene. Sie ist Teil unserer Stadtgesellschaft. Corona führte leider auch unter der Paulinenbrücke zu einer Zwangspause, hat doch der kooperative Stadtraum von Interaktionen und gut besuchten Veranstaltungen gelebt.

Marcel Roth



Foto: Redaktion



BAD CANNSTATT

Jetzt die richtigen Weichen für die Zukunft stellen

■ FÜR EINEN ATTRAKTIVEN WILHELMSPLATZ: WIR BRAUCHEN EINE VISION – UND EINEN MASTERPLAN. | Als im Bezirk die Zukunftswerkstatt durchgeführt wurde, war nicht absehbar, welche enormen Veränderungen anstehen. Dennoch wurde bereits damals der Wilhelmsplatz als elementarer Ort erkannt, den es grundlegend zu verändern gilt. Um das Herz des Stadtbezirks attraktiv zu machen, muss der Platz auch als solcher genutzt werden. Seine Trennwirkung zwischen Altstadt, Seelbergstraße und Bahnhofsvorfeld muss gemildert und ein attraktiver Aufenthaltsort geschaffen werden. Dass Fußgänger*innen an zahlreichen Ampeln mehrfach warten oder über Brücken oder durch Unterführungen Umwege und Wartezeiten in Kauf nehmen müssen, ist damit nicht kompatibel. Auch muss vor allem der Durchgangsverkehr weniger werden.

Jetzt stehen zahlreiche Änderungen um den Wilhelmsplatz an. Zu unserem Entsetzen wird der Kaufhof, der über Jahrzehnte das Entree der Marktstraße bildete, aufgegeben. Die LBBW will das Quartier als Eigentümer neu entwickeln. Auf der anderen Seite haben wir als Gemeinderat beschlossen, die Seelbergstraße endlich auch zu einer Fußgängerzone zu machen. Das Bahnhofsvorfeld und das Areal um die Bahnhofstraße sollen aufgewertet werden.

Im Umfeld der Bahnhofstraße hat die Stadt das Schwabenbräu-Areal erworben und will es neu gestalten, ebenso das Areal des heutigen Parkhauses, dessen Erbbaurechtsvertrag ausläuft.

EISENBAHNBRÜCKE ALS PARK ÜBER DEM FLUSS | Auch auf der Schienenverbindung in Richtung Eisenbahnbrücke ergeben sich Möglichkeiten. Wir haben im Gemeinderat beschlossen, dass die Eisenbahnbrücke umgenutzt werden soll – dort entsteht ein Park über dem Fluss. Und der neue Fußweg wird zum Wilhelmsplatz und zum Bahnhof weitergeführt. All diese Ideen müssen aber aufeinander abgestimmt werden. Insbesondere für das Zentrum, den Wilhelmsplatz, braucht es eine Vision. Weniger Verkehr, ebenerdige Querungen und ein Ende seiner trennenden Wirkung würden mehr Aufenthaltsqualität schaffen. Deshalb wollen wir einen Masterplan für den Wilhelmsplatz auf den Weg bringen. Dieser könnte als eine Art Rahmenplan die Entwicklungen um ihn herum zusammenführen. Er könnte, analog zur beeindruckenden Vision, die wir gerade für die B 14 aufgelegt haben, auch für Bad Cannstatt aufzeigen, wohin die Reise geht. Damit wir in den nächsten Jahren Stück für Stück ein neues Zentrum im größten Stuttgarter Stadtbezirk schaffen.

Björn Peterhoff

Kommunalpolitische Chronik

Wieder wollen wir Ihnen an dieser Stelle Rechenschaft über den öffentlichen Teil unserer Anträge und Anfragen der letzten Monate geben, mit denen wir unser grünes Programm auf den Weg bringen wollen. Anträge sind und bleiben das Königsrecht des Stadtrats, mit dem er die Verwaltung beflügeln oder zwingen kann, bestimmte Themen zu bearbeiten, und mit dem sich dann auch Abstimmungen in diesem Gremium herbeiführen lassen. Eine kleine Auswahl.

■ Zu Beginn der Coronakrise wurde schnell klar: statt in den ÖPNV zu steigen, möchten viele Leute das Rad nutzen. Angesichts leerer Straßen haben wir prompt reagiert. *Christine Lehmann* forderte mit **#FLATTENTHECURVE – RADWEGE KÖNNEN IN DER CORONAKRISE HELFEN**, dass dort, wo es geht, Autospuren fürs Radfahren umgewidmet werden. Die Geburtsstunde der Stuttgarter Pop-up-Radwege!

Besonders schmerzhaft für uns Grüne: Die Klimakrise wurde in den Hintergrund gedrängt. Damit Stuttgart den Preis, den unsere Emissionen von heute für morgige Generationen bedeuten, mitdenkt, organisierte *Andreas Winter* mit **ENTSCHLOSSENER GEGEN DEN KLIMAWANDEL VORGEHEN** einen interfraktionellen Antrag, damit der CO₂-Preis von 50 Euro je Tonne, den die Stadt in Wirtschaftlichkeitsberechnungen zugrunde legt, dynamisiert und jährlich um 15 Euro je Tonne erhöht wird.

Für die Umsetzung sicherer Radwege, wie im „Zielbeschluss fahrradfreundliches Stuttgart“ klar festgelegt, setzte sich *Raphaella Ciblis* mit **GEFAHRENQUELLE AM WILHELMSPLATZ IN S-MITTE BESEITIGEN** ein. Bei Unfällen mit Radfahrer- oder Fußgänger*innen muss geprüft werden, ob die Infrastruktur den Unfall begünstigt hat. Eine solche Situation liegt am Wilhelmsplatz vor. Daher soll zeitnah eine geänderte Verkehrsführung hergestellt werden.

Jitka Sklenářová hatte bei der Wohnungspolitik die Mietpreislösung im Blick. Die gilt seit Juni auch in Stuttgart wieder. Unter dem Titel **WIEDEREINFÜHRUNG DER MIETPREISBREMSE UNTERSTÜTZEN – MIETSPIEGEL KOSTENLOS VERÖFFENTLICHEN** forderten wir von der Stadt, dass sie Informationen zur Mietpreislösung und besonders zur Berechnung der ortsüblichen Vergleichsmiete umfassend und unentgeltlich online zur Verfügung stellt. Weil Wohnen Menschenrecht ist.

Nicht alleine der Corona-Lockdown hat dazu beigetragen, dass alte Gewissheiten aufgebrochen werden und das Gefühl für das Miteinander wächst. Deswegen regt *Andreas Winter* mit **FÜR EINE REGE KULTUR DES ERINNERNS!** an, dass die wissenschaftliche Auseinandersetzung der Stadt

mit ihrer Geschichte im Hotel Silber einen öffentlichen Ort findet und über Veranstaltungen, Vorträge und Diskussionen stark in die Öffentlichkeit wirken soll.

Tartan ist unbestritten ein Bodenbelag, der aufgrund seiner Elastizität praktisch ist und gern für Kinderspielplätze verwendet wird. *Benjamin Boy* weiß aber auch, dass er sich im Sommer aufheizt, zur Wärmebelastung in der Stadt beiträgt, wasserundurchlässig und das Recycling von Plastik aufwendig ist. Grünflächen oder teilversiegelte Flächen haben den Vorteil, dass sie wasserundurchlässig sind und nicht so heiß werden. Zukünftig muss es heißen: **SPIELPLÄTZE UND ÖFFENTLICHE PLÄTZE: PLASTIK-FREI!**

Kinder und Jugendliche mussten in den letzten Monaten auf vieles verzichten. Deshalb hat sich *Vittorio Lazaridis* mit **EIN BESONDERER SOMMER FÜR KINDER UND JUGENDLICHE – SYNERGIEN NUTZEN, TRÄGER VERNETZEN, FREIZEIT-PROGRAMME ANBIETEN** dafür eingesetzt, dass zumindest das Sommerferienprogramm in Vernetzung aller Träger und der Stadt flächendeckend in Stuttgart angeboten wird.

Zusammen mit allen demokratischen Parteien im Gemeinderat hat *Andreas Winter* erkannt, dass die kleineren Clubs und Livemusik-Spielstätten (bis zu 1.000 Besucher*innen) Unterstützung brauchen. Unter dem Titel **INTERFRAKTIONELLER ANTRAG: STÄDTISCHE CORONA-HILFEN FÜR CLUBS, LIVEMUSIK-SPIELSTÄTTEN UND SKS ERWIN RUSS** setzten wir uns für städtische Hilfen ein.

In Stuttgart wird diskutiert, welche Bodenpolitik den Bau bezahlbarer Wohnungen ermöglicht und der Spekulation mit Grund und Boden entgegenwirkt. Derzeit können Bauwillige zwischen Kauf und Erbbau wählen – wobei üblicherweise die Kaufoption gewählt wird, weil die Erbbauzinsen derzeit nicht attraktiv sind. Es wird an einer Neuauflage gearbeitet – bis dahin verlangt *Silvia Fischer* mit **MEHR ERBBAURECHTE IM NECKARPARK UND BEIM BÜRGERHOSPITAL!**, dass dort die Flächen, auf denen das Bündnis für Wohnen baut, nur mit Wiederkaufsrecht für die Stadt ver-

DAS
STADT
BLATT

LIEBE LESER*IN, gefällt Ihnen DAS STADTBLATT? Wir freuen uns über Ihr Lob, nehmen aber auch Ihre Anregungen sehr gerne entgegen. Wenn Sie denken, dass Ihre Freunde, Bekannten und politischen Gegner*innen DAS STADTBLATT ebenfalls lesen wollen, nehmen wir gern deren Adresse auf – schicken Sie uns einfach ein Mail an gruene.fraktion@stuttgart.de. Wir finden, grüne Ziele müssen noch bekannter gemacht werden, grüne Politik braucht mehr Unterstützung. Schön, wenn Sie uns dabei helfen.



Foto: Redaktion

äußert werden. Flächen für Baugemeinschaften oder Gewerbe sollen durch attraktive Konditionen über Erbbaurecht vergeben werden.

Die öffentliche Beleuchtung in der Stadt trägt zum Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum bei. Für die Stuttgarter Innenstadt, inklusive Schlossgarten, fehlt bislang ein umfassendes, angemessenes Beleuchtungskonzept. *Petra Rühle* weiß, dass insbesondere Frauen und ältere Menschen in ihrer Mobilität durch Angsträume eingeschränkt werden – deshalb **ANGSTRÄUME VERMEIDEN: VERTRÄGLICHES BELEUCHTUNGSKONZEPT IN DER STUTTGARTER INNENSTADT UMSETZEN.**

Leider erfüllen immer noch nicht alle Haltestellen der SSB die gesetzten Ziele der Barrierefreiheit. Die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) haben für mehr Barrierefreiheit im ÖPNV in Eigenregie „Schmetterlingsrampen“ entwickelt und setzen diese mit großem Erfolg seit Jahren ein. *Marco Rastetter* will, dass wir auch in Stuttgart **MIT SCHMETTERLINGEN ZUR BARRIEREFREIHEIT** kommen und die SSB die Rampen testet und einsetzt.

Tempo 40 an Steigungsstrecken ist in der Innenstadt eine Erfolgsgeschichte. Durch Temporeduktion, verbunden mit einer intelligenten Verkehrssteuerung, werden Emissionen in bemerkenswertem Umfang reduziert und die Luft wird besser. Das hat sich an der Hohenheimer Straße gezeigt. In einem weiteren Schritt will deshalb *Björn Peterhoff*, dass **TEMPO 40 AN STEIGUNGSSTRECKEN IN AUSSENBEZIRKEN** untersucht wird.

Viele wirtschaftlich schlechtgestellte Menschen sind von den Corona-Hilfen des Bundes ausgeschlossen. *Petra Rühle* ist klar, dass wir **AUCH DIE SCHWÄCHSTEN IN DER CORONA-KRISE NICHT ALLEINE LASSEN** dürfen und fordert, dass die Stadtverwaltung Mehrbedarfe bei Leistungsbezieher*innen aufgrund der Corona-Krise anerkennt. Familien ohne Kindergeldberechtigung mit Kindern unter 18 Jahren im gemeinsamen Haushalt (zum Beispiel bei ungeklärtem Aufenthaltsstatus) werden ebenfalls entlastet.

Wer seit Jahren und zu Zeiten der Pandemie besonders viel leistet, wie unsere Pflegekräfte am städtischen Klinikum, verdient auch eine monetäre Anerkennung. *Gabriele Nuber-Schöllhammer* hat deshalb mit dem Antrag **PFLEGEKRÄFTE IM STÄDTISCHEN KLINIKUM UNTERSTÜTZEN** eine Gehaltsverbesserung durchgesetzt, die für Pflegepersonal und Funktionsdienst eine Erhöhung um eine halbe Stufe der nächsten Entgeltgruppe bedeutet.

Da der Regelbetrieb in Anlaufstellen für Prostituierte bis zum Jahresende ausgesetzt bleiben soll, der Beratungsbedarf aber weiterhin besteht, vielleicht jetzt sogar umso mehr, sollen die Beratungsstellen – unter geeigneten Hygienevoraussetzungen – wieder öffnen. *Andreas Winter* hat hierfür den interfraktionellen Antrag **LA STRADA UND CAFÉ STRICHPUNKT WIEDER ZUGÄNGLICH MACHEN** auf den Weg gebracht.

In verschiedenen Flüchtlingsunterkünften wurde in der Vergangenheit mit der Hilfe von Freundeskreisen und Kirchengemeinden WLAN eingerichtet und von diesen auch

■ FREE MARIA KALESNIKAWA!

Am 7. September wurde die belarussische Oppositionsführerin, Stuttgarter Bürgerin und Künstlerin Maria Kalesnikawa entführt und kam in Haft. Dasselbe Schicksal ereilte viele Menschen, die sich auf friedliche Weise für Demokratie in Belarus einsetzten. Wir alle dürfen nicht wegschauen, wenn Menschenrechtsverletzungen und Angriffe auf die Demokratie stattfinden. Deshalb hat sich ein Bündnis aus Bürger*innen, Kulturschaffenden und Politiker*innen zusammengeschlossen und am Sonntag, dem 13. September, auf dem Schillerplatz eine Solidaritätskundgebung veranstaltet – und es geht jeden Sonntag weiter.

bezahlt. Oft gibt es jedoch kein **WLAN IN UNTERKÜNFEN FÜR GEFLÜCHTETE**, und die Menschen sind auf mobile Datenvolumen angewiesen. *Andreas Winter* ist der Meinung, dass ein guter Zugang zum Internet zur Daseinsvorsorge gehört und nach dem Auslaufen der Störerhaftung nun von der Stadt deutlich mehr WLAN-Zugänge geschaffen werden müssen, besonders auch für Schüler*innen.

Zum Start des Schuljahres sind Schulen und Kitas besonders gefordert. Die Umsetzung der Hygienemaßnahmen ist die Grundlage, um ein erneutes exponentielles Anwachsen der COVID-19-Infektionen zu verhindern. Dazu braucht es aber, anders als in „normalen“ Schuljahren, einen erhöhten Aufwand für Hygiene und Sauberkeit. Zugleich erfordern die neuen pädagogischen Ansprüche im Hinblick auf Digitalisierung, moderne Raumkonzepte und zeitgemäße Lernmethoden samt entsprechenden Lernmaterialien Mehraufwendungen. Um die Sachmittelbudgets von Schulen und Kitas, die hier gefragt sind, zu entlasten, fordert *Vittorio Lazaridis* in **NEUES SCHULJAHR: SCHULTÜTEN? BUDGET FÜR HYGIENE!** ein zusätzliches Budget pro Schüler*in bzw. pro betreutem Kind in Höhe von zehn Euro.

Laura Geßner

Alle diese Anträge und Anfragen wie auch weitere, hier nicht erwähnte Anträge und – soweit vorhanden – die Stellungnahmen der Verwaltung dazu können auf der Homepage der grünen Gemeinderatsfraktion nachgelesen werden: www.lust-auf-stadt.de/antraege.

Vom hohen Gut zum – Aluhut!

■ **HIER LÄUFT WAS SCHIEF, NEIN: QUER. WENN FEINDE DER DEMOKRATIE SICH ALS DEREN RETTER AUFSPIELEN.**

Demokratie und Meinungsfreiheit – ein hohes Gut. Ich bin froh, dass wir in Deutschland das Recht auf freie Meinungsäußerung haben. Es ist gut und wichtig, sich einzusetzen und auf Probleme aufmerksam zu machen. Lebendiger gesellschaftlicher Diskurs braucht Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Demonstrationsrecht. Demonstrationen mögen mitunter lästig sein und den Verkehr behindern.

Vor allem aber sind sie Ausdruck unserer offenen und demokratischen Gesellschaft, in der jede*r das Recht hat, für oder gegen was auch immer zu demonstrieren und aufmerksam zu machen.

So gehen auch jetzt Menschen (ganz überwiegend verantwortungsbewusst und unter Einhaltung der Auflagen) auf die Straße – für Klimaschutz oder eine humanitäre Aufnahme von Geflüchteten. Sie protestieren gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit, für faire Löhne und Corona-Hilfen. Oder um die Demokratiebewegung in Belarus zu unterstützen und Freiheit für Maria Kalesnikawa und ihre Mitstreiter*innen zu fordern.

Und was macht deutlicher, dass es sich für eine vielfältige und demokratische Gesellschaft zu kämpfen lohnt als diese mutigen Frauen in Belarus, die friedlich für Demokratie, Meinungsfreiheit und gegen staatliche Gewalt demonstrieren und dabei Inhaftierung und Schlimmeres riskieren.

MASKEN-DIKTATUR? | Ganz im Gegensatz zu denen, die sich in unserem Land und in unserer Stadt mit Rechten gegen eine angebliche „Masken-Diktatur“ gemein machen. Die sich instrumentalisieren lassen von denen, die mit antidemokratischen, rechtspopulistischen und fremdenfeindlichen Äußerungen die für unsere Demokratie so wesentliche Meinungsfreiheit missbrauchen. Es ist absurd: Die Feinde unserer Demokratie wollen in Coronazeiten vermeintlich unsere Demokratie retten, Verfassungsfeinde berufen sich auf die Verfassung, stellen das Recht aller auf körperliche Unversehrtheit in Frage und treten mit ihren Aussagen die Menschenwürde mit Füßen.

Und es wird noch absurder: So meinte der Oberhäuptling der Stuttgarter „Querdenker“-Bewegung anlässlich des Berliner Verbots der sogenannten „Hygiene-Demos“: „Sind – anders als in Weißrussland – nur noch regierungskonforme Demonstrationen zugelassen?“ Maria, eine der Frontfrauen der belarussischen Massenbewegung für freie Wahlen, eine offene Gesellschaft und Menschenrechte, kam in Haft. Ihr droht eine jahrelange Gefängnisstrafe. Was sie wohl auf diese Frage antworten würde?

Petra Rühle



Foto: Redaktion

DAS STADTBLATT | OKTOBER 2020 | IMPRESSUM

Herausgeber*innen: Benjamin Boy, Raphaela Ciblis, Silvia Fischer, Vittorio Lazaridis, Christine Lehmann, Gabriele Munk, Gabriele Nuber-Schöllhammer, Björn Peterhoff, Florian Pitschel, Marco Rastetter, Marcel Roth, Petra Rühle, Beate Schiener, Marina Silverii, Jitka Sklenářová, Andreas Winter

Titelfoto: ASP Architekten

Redaktion: Petra Rühle und Andreas Winter (verantwortlich), Nicole Rogalski, Laura Geßner
Redaktionelle Mitarbeit, Gestaltung: Sabine Weissinger, freie Journalistin, Stuttgart

Bündnis 90 / Die Grünen im Gemeinderat der Stadt Stuttgart

Rathaus, Marktplatz 1, 70173 Stuttgart
Telefon 0711 216-60722, -60723, -60727, Fax -60725

Geschäftsstelle:

Rebecca Benez, Thomas Dengler, Laura Geßner, Nicole Rogalski, Martin Steeb

Diskussionsbeiträge willkommen unter:

gruene.fraktion@stuttgart.de

Druck: Druckhaus Stil + Find, auf 100 % Recyclingpapier

DAS STADTBLATT wird auf Wunsch zugeschickt und ist über das Internet verfügbar:

www.lust-auf-stadt.de

